

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 142

WINTER 2000/2001

DM 1,-

SPD/Grüne rüsten Imperialismus auf Kein Mann, kein Pfennig für die Bundeswehr!

Im Sommer beschloss die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung die so genannte „Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf“. Das Gesamtpersonal soll reduziert werden und im Zusammenhang damit die Dauer der Wehrpflicht auf neun Monate gekürzt werden. Die Zahl der Berufssoldaten wird aufgestockt und der Anteil von Soldaten für unmittelbare

PDS: sozialchauvinistische Vaterlandsverteidiger

Kriegseinsätze auf 150 000 verdreifacht. Die Landstreitkräfte sollen verkleinert, Luftwaffe und Marine ausgebaut werden. Gleichzeitig soll eine „Modernisierung der Ausrüstung“ durchgeführt werden – ein massives Aufrüstungsprogramm mit Schwerpunkt auf die Entwicklung von Raketen, Satelliten und Flugzeugen. Kurz: Die Bundeswehr soll in ein effektiveres Instrument des deutschen Imperialismus verwandelt werden, das mehr dem ökonomischen Gewicht Deutschlands, besonders in Europa entspricht. Wir Trotzlisten stehen mit Karl Liebknecht in unversöhnlicher Feindschaft zum deutschen Imperialismus und seiner Armee und sagen: *Kein Mann, kein Pfennig für die imperialistische Armee!*

Diese Reform komme „zehn Jahre zu spät“, erklärte Schröder (*Tagesspiegel*, 26. Juli 2000): „Die Zeit großer Panzerarmeen zur Landesverteidigung ist vorbei. Was wir heute brauchen, sind moderne, flexible Streitkräfte, die glaubhaft für unsere Bündnisverpflichtungen, die Landesverteidigung und die Krisenprävention stehen“, erklärte Angelika Beer, verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen (*Blickpunkt Bundestag*, Juni 2000). Die Grenze zwischen dem imperialistischen Westdeutschland und dem deformierten Arbeiterstaat DDR war ein Brennpunkt im Kalten Krieg der Imperialisten gegen die Sowjet-



Georgi Licovski/dpa

Nach NATO-Bombenkrieg: Bundeswehr im Kosovo. Alle imperialistischen Truppen raus aus dem Balkan!

union. Hunderttausende NATO-Soldaten (hauptsächlich US-Truppen) standen für einen kombinierten Land- und Luftangriff durch die DDR und Polen auf die Sowjetunion bereit, natürlich ausgerüstet mit taktischen Atomwaffen.

Seit die Sowjetunion von innen heraus durch die kapitalistische Konterrevolution zerstört wurde, waren diese massiven Mittel für einen atomaren dritten Weltkrieg nicht

Fortgesetzt auf Seite 10

Nur Arbeiterrevolution kann imperialistische Kriege beenden!

N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025

Nizza: Bullen wüten gegen linke Demonstranten

Für ein Arbeitereuropa – Für sozialistische Revolution!

12. Dezember 2000 – Die französische Stadt Nizza wurde letzte Woche in einen Polizeistaat verwandelt, als die kapitalistischen Herrscher Europas sich versammelt hatten, um über die Zukunft der Europäischen Union (EU) zu feilschen. Zehntausende Bullen wurden von der Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin aufgeboten, um die Straßen zu besetzen und die vielen tausenden Jugendlichen auseinander zu jagen, die aus verschiedenen Ländern des ganzen Kontinents gekommen waren, um draußen vor dem Gipfel zu protestieren. Während die versammelten Staatschefs zynisch die Bedingungen einer „Grundrechtecharta“ debattierten, war das Tränengas, das abgefeuert wurde, um die Rechte der draußen Protestierenden brutal zu unterdrücken, so massiv, dass es in den Versammlungssaal eindrang.

Die Polizei attackierte Demonstranten wiederholt mit Schlagstöcken und Blendgranaten; dutzende wurden verhaftet. Zwei junge baskische Militante aus Spanien, José Ramirez und Anna-Liza Romero, sind immer noch hinter Gittern, durch ein Schnellgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt, sogar in Abwesenheit der Rechtsanwälte. Gleichzeitig drohen einigen, die bei den Protesten gegen den Internationalen Währungsfonds (IWF) im September in Prag verhaftet – und bis zu zehn Wochen eingeknastet – wurden, weiterhin Anklagen. Die Arbeiterbewegung muss die sofortige Freilassung von Ramirez und Romero verlangen. Weg mit allen Anklagen gegen die Demonstranten von Prag und Nizza!

Wie sehr das Recht auf Freizügigkeit, das angeblich durch das Schengener Abkommen von 1995 gesichert wird, ein Betrug ist, wurde deutlich, als ein Zug, der etwa 1500 Unterstützer von Ya Basta! und andere italienische Linke nach Nizza bringen sollte, an der französischen Grenze zurückgewiesen wurde. Als eine Gruppe von 5000 in Nizza den Bahnhof zu besetzen versuchte, um gegen diesen Ausschluss zu protestieren, wurden sie von Bullen brutal angegriffen,

gleichzeitig gingen auf der anderen Seite der Grenze italienische Bullen auf Demonstranten los. Von Anfang an war es die Absicht von Schengen, die Tore der rassistischen „Festung Europa“ für verarmte Immigranten aus Afrika, dem Nahen Osten und Osteuropa zu schließen. Jetzt wird linken Demonstranten aus der EU der Grenzübertritt verboten im Namen der „nationalen Sicherheit“. Nieder mit dem rassistischen Schengener Abkommen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Während die Bullen Demonstranten blutig schlugen, hetzten die bürgerlichen Medien gegen „casseurs“ (Rowdys) – der rassistische Schlachtruf, der sich vorher gegen militante Jugendliche nordafrikanischer Abstammung richtete –, wobei sie ihr Feuer besonders gegen die baskischen und korsischen Nationalisten unter den Demonstranten richteten. Paris hat eine jahrzehntelange Kampagne der Repression gegen korsische Separatisten geführt. Seit dem sozialistischen Präsidenten Francois Mitterrand in den 80er-Jahren hat Frankreich auch mit Spanien zusammengearbeitet, um militante baskische Separatisten zu jagen und zu terrorisieren. Nieder mit der Repression gegen Basken! Für das Selbstbestimmungsrecht des baskischen Volkes in Frankreich und Spanien!

Viele Jugendliche kamen nach Nizza, um gegen kapitalistische Unterdrückung, Angriffe auf den Lebensstandard und Rassismus gegen Immigranten zu protestieren, was von den EU-Kapitalisten durchgedrückt wird. Diese Angriffe haben stürmische defensive Kämpfe der Arbeiterklasse provoziert, besonders in Frankreich. Die kürzlichen Blockaden der LKW-Fahrer gegen astronomische Spritpreise, die die westeuropäischen kapitalistischen Staaten erschütterten, wurden von Arbeitern und Jugendlichen überall unterstützt. Einen Tag vor der groß angelegten Polizeiaktion in Nizza marschierten zehntausende Arbeiter, mobilisiert von einer Koalition europäischer Gewerkschaften, durch die Straßen.

Fortgesetzt auf Seite 8

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 142

WINTER 2000/2001

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Gruppe Arbeitermacht: Mit Vollgas für Schröder gegen die Spritproteste

Im letzten Herbst wurde Westeuropa von heftigen Massenprotesten erschüttert – durchgeführt hauptsächlich von LKW- und Taxifahrern sowie Bauern – gegen die horrend steigenden Benzin- und Dieselpreise. Diese Proteste waren gegen die kapitalistischen, sozialdemokratisch geführten Regierungen Britanniens, Frankreichs und Deutschlands gerichtet und hätten durchaus der Funke sein können für breitere Aktionen der Arbeiterklasse zur Verteidigung gegen die Angriffe der Regierungen. In Britannien schlossen sich die Tanklastfahrer den Protesten an und den Protesten in Frankreich folgte eine Streikwelle der Arbeiter; so kam die soziale Macht der Arbeiterklasse ins Spiel. Die Proteste und Blockaden brachten Europa an den Rand eines Stillstands. Überall stießen die Proteste und Aktionen auf breite Sympathie und Unterstützung bei den arbeitenden Massen und gaben deren Wut auf die kapitalistischen, sozialdemokratisch geführten Regierungen und deren Austeritätspolitik Ausdruck. In Frankreich wurde die Regierung der Proteste nur Herr, indem sie Steuersenkungen versprach. Das führte zu einem Aufschrei der anderen europäischen Imperialisten, die plötzlich das Gespenst von Aktionen der Arbeiterklasse gegen die Senkung des Lebensstandards, von erfolgreichem Klassenkampf vor Augen hatten. Und wer eilte den

Fortgesetzt auf Seite 4



Arnd Wiegmann/Reuters

Spritproteste legten Europa fast lahm

Spartakist begrüßt die neuen Leser!



Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	170	193	114%
Hamburg	125	130	104%
Auf Entfernung	15	9	60%
Gesamt	310	332	107%

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
 Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

142

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 3

sozialdemokratischen Vollstreckern des Kapitals mit Vollgas zu Hilfe? Die Gewerkschaftsbürokratie und ihre „linken“ Anhängsel wie die zentristische Gruppe Arbeitermacht (GAM), die jetzt uns dafür angreift, dass wir die Spritpreisproteste begrüßten und unterstützten!

Wir schrieben: „Das Herangehen von Marxisten an solche kleinbürgerlichen Mobilisierungen basiert auf dem Ziel der Proteste und dem Charakter der Forderungen, die aufgestellt werden: Bringen sie die Interessen des Proletariats voran? In diesem Fall waren die Proteste eindeutig gegen die Blair-Regierung gerichtet und die Forderung ist in der Tat vom proletarischen Standpunkt aus unterstützbar“ (*Spartakist* Nr. 141, Herbst 2000). Gleichzeitig erklärten wir am Beispiel von Britannien, wie Revolutionäre in solche Bewegungen intervenieren: „Eine revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung muss versuchen, die Führung von solchen Protesten zu übernehmen, um sie klar gegen die wirklichen Übeltäter zu richten: den Kapitalismus und die Labour-Regierung, die ihn verwaltet.“ Im Gegensatz dazu stellte sich die britische Schwesterorganisation der GAM, Workers Power (WP), gegen die Proteste mit der Begründung: „Dieser [kleinbürgerliche] Klassencharakter ist entscheidend für uns. Er bedeutet, dass wir keine Unterstützung für die ‚Blockadebewegung‘ als Ganzes geben... Die Tatsache, dass die Forderungen populär sind und in sich selbst unterstützbar, ist auch irrelevant“ (Workers Power Global, 18. September 2000). Wir erklärten, dass WP sich nur gegen die Proteste ausspricht, weil diese sich gegen die Labour-Regierung richteten, für deren Wahlunterstützung WP bekannt ist, ebenso wie die GAM dafür bekannt ist, die SPD-Regierung gewählt zu haben. Daraufhin fühlte sich die GAM bemüßigt, gegen uns zu polemisieren – ohne unsere Polemik gegen WP zu erwähnen und indem sie unsere Politik verfälscht: „Worauf die Politik der SpAD hinausläuft, ist, die Arbeiterklasse den Zielen einer kleinbürgerlichen Bewegung mit klar reaktionären Elementen unterzuordnen“ (*Arbeitermacht*, November/Dezember 2000).

Im Gegensatz zur GAM beruht unsere Einschätzung, ob eine Aktion unterstützbar ist, nicht auf der Politik der jeweiligen Führung, sondern darauf, ob die Aktion objektiv im Klasseninteresse des Proletariats ist. Unsere Unterstützung eines IG-Metall-Streiks hängt nicht von der Politik der Gewerkschaftsführung ab, die unverhohlen chauvinistischen Protektionismus predigt. Genauso wenig hielten wir uns von Protesten gegen die NATO-Bombardierung Serbiens fern, obwohl die Führung dieser Proteste oft genug sozialpatriotisch war.

Um ihre Ablehnung der Proteste zu legitimieren, versucht die GAM die Protestbewegung fälschlicherweise als von Grund auf reaktionär darzustellen: „Doch das Kleinbürgertum in den imperialistischen Ländern ist eine Klasse, die (anders als das Kleinbürgertum in den Halbkolonien) im wesentlichen reaktionären Charakter hat.“ Es ist schon köstlich, mit welcher Vehemenz sie auf einmal das Kleinbürgertum verdammen, wo doch GAM/WP sich sonst in jede Bewegung hineinschmeißen, solange nur „Massen“ in Bewegung sind, ob es um einen beliebigen Studentenstreik geht oder um die von den Imperialisten gesponserten Proteste in Serbien, die Koštunica an die Macht brachten.

Das Kleinbürgertum, dazu gehören auch die Studenten, verfügt über keine eigene soziale Macht und steht zwischen den Hauptklassen in der Gesellschaft, zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Es schwankt zwischen diesen beiden Klassen, ist instabil, leicht zu beeindrucken und zu extremen Reaktionen fähig. Hitlers Machtergreifung wurde von Studentenmassen unterstützt. Aber es waren auch Studentenmassen, die die Vietnamesische Revolution unterstützt haben. Es ist gerade die Sozialdemokratie, mit der GAM als treuem Steigbügelhalter, die das Kleinbürgertum in die Arme der Faschisten treibt, indem sie kapitalistische Austerität vollstreckt und Kleinbürger ruiniert, die aufgebracht nach einer „radikalen“ Lösung suchen. Um das Kleinbürgertum in seiner Masse auf die Seite der Arbeiterklasse zu ziehen oder zumindest zu neutralisieren, ist es nötig, dass das Proletariat unter Führung einer revolutionären Partei politisch unabhängig auftritt und das Ziel weist, wie das Elend beendet werden kann: Sturz der Kapitalisten und Errichtung einer vergesellschafteten Planwirtschaft. In einer von Arbeiterräten organisierten Gesellschaft werden neue Technologien entwickelt und angewendet werden, um das Leben besser, leichter und vielfältiger zu machen. Unter anderem wird es billige oder kostenlose effiziente Massenverkehrsmittel zu Lande und in der Luft für die Arbeiterklasse und die gesamte Bevölkerung geben.

Die GAM behauptet: „Die SpAD macht es sich etwas einfacher. Das Ziel der Bewegung ist eine Spritpreissenkung. Doch der Preis ist nur ein Problem in der Konkurrenz. Zudem trifft es im wesentlichen alle Konkurrenten gleich.“ Die GAM behauptet hier also, die hohen Spritpreise seien nur ein Problem der Kleineigentümer, der kleinbürgerlichen Konkurrenten im Transportgewerbe. Dieses „Argument“ könnten sie direkt von den bürgerlichen, arbeiterfeindlichen Grünen geholt haben, die auf die „Ökosteuer“ drängen und die „Selbstsucht“ von Autofahrern geißeln. Aber in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern ist das Auto zentral für das wirtschaftliche und soziale Leben großer Teile der Arbeiterklasse ebenso wie der Kleinbourgeoisie. Der hohe Spritpreis trifft vor allem Arbeiter und andere mit *niedrigem* Einkommen, die auf das Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen. Würden sie auf den ebenfalls teuren öffentlichen Transport ausweichen, bräuchten sie ein Vielfaches an Zeit oder würden überhaupt nicht ankommen. Sie *brauchen* ihr Auto für Einkäufe und andere notwendige Dinge. Jede Mark mehr für Sprit geht auf Kosten anderer Notwendigkeiten des Lebens.

Und die Spritsteuern treffen die ärmsten Teile der Bevölkerung am stärksten. Es sind regressive Steuern, jeder zahlt den gleichen Prozentsatz, ob die allein stehende Mutter mehrerer Kinder, die es nur mit einem Gebrauchtwagen schafft, Kinder und Job unter einen Hut zu bringen, oder DaimlerChrysler-Chef Schrempp, der seine S-Klasse auf Firmenkosten fährt. Ein anderes Beispiel für eine regressive Steuer war die Kopfsteuer (poll tax), gegen deren Einführung es 1990 in Britannien riesige Massenproteste gab.

Fortgesetzt auf Seite 29



Bestell!
Polemik
gegen Gruppe
Arbeitermacht zur
russischen Frage,
abgedruckt in
Spartakist Nr. 133,
Herbst 1998
DM 1,-
Zu beziehen
über die
Redaktions-
adresse

Britannien: Sozialdemokratische Hexenjagd gegen „Sexualverbrecher“ entfesselt Bürgerwehr-Terror

Der folgende Artikel wurde zuerst veröffentlicht in Workers Hammer Nr. 174, Herbst 2000, der Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/Britain.

WORKERS HAMMER

Die reaktionäre Hysterie in Britannien, aufgepeitscht durch den Kreuzzug der Labour Party gegen so genannte „Pädophile“ und „Sexualverbrecher“, wurde im letzten Sommer extrem angeheizt. Im ganzen Land – von Manchester bis Bristol, von London bis Süd-Wales – wurden Menschen durch Lynchmobterror verletzt, bedroht, aus ihren Häusern verjagt und in den Selbstmord getrieben. In

lismus. Eine Liste von 20 angeblichen Pädophilen wurde erstellt und verbreitet. Ein als Kinderschänder Verdächtiger aus dem nahen Southampton erschoss sich selbst. Ein zweiter Verdächtiger beging ebenfalls Selbstmord.“

Szenen in Paulsgrove, bei denen Kinder und Kleinkinder Plakate trugen mit der Aufschrift „Lasst sie nicht hier wohnen/Hängt sie!“ und Rufe laut wurden wie „Erstecht ihn, verbrennt ihn, tötet ihn!“, machten klar, dass Kinder tatsächlich missbraucht wurden – und zwar von der reaktionären Bürgerwehr! Und es könnte kaum klarer sein, dass Gesetze, die die Veröffentlichung von Namen und Adressen von „Sexualverbrechern“ verlangen, Anstiftung zum Terror sind. Eine ähnliche Kampagne in Italien, die besonders von Alessandra Mussolinis faschistischer „Nationaler Allianz“ geschürt wurde, fand ebenfalls im Sommer statt; dabei wur-

Paulsgrove: Reaktionäre Bürgerwehr missbraucht Kinder für Aufrufe zu Lynchmord. Hysterie gegen „mutmaßliche Pädophile“ wurde von Tony Blairs Labour-Regierung hochgepeitscht



Tom Pilston



Reuters

einem Fall wurde eine Kinderärztin von einem brutalen und stumpfsinnigen Mob attackiert. Besonders widerwärtig und gewalttätig waren die Ausschreitungen in der Wohnsiedlung Paulsgrove bei Portsmouth, nachdem die *News of the World* eine Abschussliste von „mutmaßlichen Pädophilen“ im Rahmen ihrer mittlerweile berüchtigten „Name-and-shame“-Kampagne [die Schandtäter beim Namen nennen] veröffentlicht hatte. Die Herausgeberin dieser Boulevardzeitung und Anstifterin der Kampagne, eine gewisse Rebekah Wade, gehört zum Inventar von Spendensammlungsbanketten für New Labour. Ein Bericht im *Independent on Sunday* (13. August) fasste zusammen:

„Randalierer schlugen Fenster ein, steckten ein Auto in Brand, brachten einen verurteilten Pädophilen dazu, zu flüchten und unterzutauchen, vertrieben vier weitere Familien, die mit Kindesmissbrauch nicht in Zusammenhang stehen, schwenkten Plakate, die zum Lynchen und zur Deportation (nach Südamerika, aus welchem Grund auch immer) aufriefen, und entfesselten unter ihren eigenen Kindern infantile Ausbrüche von Hass und Vanda-

den in mindestens vier Ferienorten am Meer Männer, die des „sexuellen Missbrauchs“ von Minderjährigen beschuldigt wurden, vom wütenden Pöbel gejagt und verprügelt. Tatsächlich sind diese reaktionären Mobilisierungen ein Nährboden für faschistischen Abschaum.

Dem hat die Labour-Regierung seit ihrem Amtsantritt den Weg geebnet. Wenige Wochen nach ihrem Wahlsieg brachte sie ein „Gesetz gegen Sexualtäter“ ein, das die polizeiliche Überwachung früherer „Sexualtäter“ ausweitete. Hierdurch müssen diese in ein Polizeiregister aufgenommen werden, das „Einzelpersonen“ in „der Gemeinde“ zugänglich ist. Das führte damals zu einem Ausbruch von reaktionärem Bürgerwehrterror (siehe „Labour’s frenzy over ‚paedophilia‘: pretext for state repression“ [Labours Raserei über „Pädophilie“: Vorwand für staatliche Repression], *Workers Hammer* Nr. 163, Juli/August 1998). Dieses Mal tönte John Prescott, Stellvertreter von Premierminister Tony Blair, er wolle eine noch schärfere Gesetzgebung einbringen, wonach unter anderem lebenslängliche Haftstrafen

Fortgesetzt auf Seite 6

Britannien...

Fortsetzung von Seite 5

auch gegen „Sexualtäter“ häufiger verhängt werden sollen. Der Labour-Abgeordnete Syd Rapson für den Wahlkreis Nord-Portsmouth, zu dem die verarmte, von hoher Arbeitslosigkeit betroffene Siedlung Paulsgrove gehört, begrüßte die Bürgerwehrmobilisierungen als „Demokratie, die sich durchsetzt“ (*Independent*, 10. August). Wir sagen: **Weg mit Labours reaktionärer Kampagne gegen „Pädophile“!**

Aus dem Mund einer Labour-Regierung, die den „New Deal“ und erbärmliche Löhne für Jugendliche brachte, Sozialleistungen radikal kürzte und Studiengebühren einführte, ist das Gerede von der Sorge um Jugendliche nichts als Heuchelei. Das gilt auch für das zynische Ausnutzen von verständlichem Entsetzen und Empörung über die Ermordung junger Menschen wie Sarah Payne. Wenn es darum geht, haben die Verbrechen der blutigen Blair-Regierung in Nordirland, die Hungerblockade gegen den Irak, die NATO-Bombardierung von Serbien das Leben von **hunderttausenden** Kindern und Jugendlichen gekostet.

Marxismus kontra bürgerliche Bigotterie

Sowohl in der bürgerlichen Presse als auch in den vorgeblich „sozialistischen“ Zeitungen wurden Krokodilstränen darüber vergossen, dass bei der jüngsten Welle der von der Regierung gesponserten Hysterie „unschuldige“ Menschen zu Opfern wurden. So wird allgemein die Tatsache beklagt, dass Teenagerpaare, Opfer von Verwechslungen, kleine Kinder, die „Doktor spielen“, und andere zur Zielscheibe sowohl der staatlichen Registrierung als auch der Bürgerwehrmobilisierungen geworden sind. Das Klima war derart, dass sich am 6. August eine fanatische Menge vor dem Haus des Popsängers Gary Glitter versammelte, nachdem eine Sonntagszeitung seine Rückkehr nach London nach einem fünfmonatigen Aufenthalt im Ausland angekündigt hatte. Glitter hatte vor kurzem eine Gefängnisstrafe abgesessen wegen des „Verbrechens“ ... Kinderpornographie aus dem Internet heruntergeladen zu haben! Die Hetzjagd gegen ihn war wirklich obszön. Aber wer sind dann die „Schuldigen“? Von den Revolverblättern über die Regierung bis zur pseudolinken Labour-freundlichen Presse lautet die Antwort: „Pädophile“.

„Pädophilie“ heißt einfach sexuelles Verlangen nach Kindern. Dies mit Mord an und Vergewaltigung von Kindern gleichzusetzen ist grotesk und Teil der gleichen reaktionären bürgerlichen Bigotterie, die jeden Sex, der nicht der hetero-

sexuellen Monogamie entspricht, für „anormal“ erklärt. Wir sind gegen die Verfolgung all derer, die in gegenseitigem Einverständnis Sex mit Angehörigen einer anderen Generation haben, wir lehnen die reaktionären Gesetze zur „Minderjährigkeit“ ab und wir sind seit langem dafür bekannt, dass wir Organisationen wie die North American Man/Boy Love Association (NAMBLA) und die British Paedophile Information Exchange verteidigen, deren Führer 1984 verhaftet wurden wegen ihres Eintretens für das Recht „minderjähriger“ Jugendlichen, Sex mit Erwachsenen zu haben. Bei ihrer Verteidigung von NAMBLA gegen den finsternen Versuch, sie zu kriminalisieren, zu ruinieren und zu zerschlagen, wiesen unsere Genossen der Spartacist League/U.S. darauf hin, dass diese Gruppe, die Auszüge aus den Werken des amerikanischen Schriftstellers Walt Whitman und von William Shakespeare ebenso abdruckt wie historische Essays über Persönlichkeiten aus der Geschichte der Schwulen, von Anfang an seit mehr als 20 Jahren verfolgt wird. In einem Schreiben vom 24. Mai erklärte ein NAMBLA-Sprecher: „NAMBLA ist gegen Gesetze, die Beziehungen in gegenseitigem Einverständnis bestrafen. Sie hat sich immer so vehement wie nur möglich gegen jede Gewalt gegen Kinder, sexuelle oder andere, ausgesprochen“ (*Workers Vanguard* Nr. 741, 8. September 2000). Aber diese einfache Wahrheit – in den USA wie hier – steht im Gegensatz zur Hysterie über Sex, besonders Homosexualität, und vor allem Sex mit jungen Leuten.

Es war kein Zufall, dass auf dem Höhepunkt der reaktionären Mobilisierungen gegen „Pädophile“ das House of Lords [das Oberhaus des britischen Parlaments] mit seiner Entscheidung zum „Artikel 28“ dieses brutale Gesetz gegen Homosexuelle aufrechterhält. Nicht einmal eine minimale Liberalisierung der drakonischen Schwulenfeindlichen Gesetzgebung in Britannien, die zum Teil noch aus dem 19. Jahrhundert stammt – die „Cruising“, Gruppensex und selbst Küssen in der Öffentlichkeit kriminalisiert – wird von der Labour Party und dem „Vikar des St. Albion“ [Pfarrer des heiligen Britannien] Tony Blair kommen. Stattdessen ermutigt die schwulenfeindliche Bigotterie der kapitalistischen Herrscher faschistische Gräueltaten wie den Bombenanschlag auf „Admiral Duncan“, eine Schwulenkneipe in Soho.

Gewalttätiger Missbrauch und Vergewaltigung von Kindern ist ein schreckliches Verbrechen. Sobald die Frage des „Kindesmissbrauchs“ jedoch zum politischen Spielball geworden ist, wird der Staat bewusst keine Unterscheidung treffen zwischen Jack the Ripper und dem Autor von *Alice im Wunderland*, Lewis Carroll. Als Marxisten, nicht als Soziologen oder professionelle Wissenschaftler, sprechen wir soziale Fragen wie „Kindesmissbrauch“ gerade deshalb an, weil sie politisiert wurden. Deshalb wollen wir vor dem Hintergrund der brutalen Anti-Sex-Hexenjagd der Labour-Regierung (und der schändlichen Unterstützung und Anteilnahme, die sie von so genannten „Sozialisten“ erhält) einige allgemeine Überlegungen vorbringen.

Menschliche Sexualität ist eine relative Angelegenheit – relativ in ihrer Beziehung zum Charakter der Gesellschaft, zur Klasse und zum Individuum. Die westliche bürgerliche Gesellschaft sieht Kinder als asexuelle Geschöpfe an. Einer, der diesen Mythos in Frage stellte, war Sigmund Freud mit seiner Erkenntnis – was von seinen Zeitgenossen als schockierend lasterhaft angesehen wurde –, dass Kinder mit sexuellen Wünschen geboren werden und dass ihre ersten sexuellen Objekte ihre Eltern sind. Tatsächlich lautete Freuds gesamte theoretische Prämisse, dass die individuelle Reifung und die Entwicklung der Zivilisation im Allgemeinen sich auf *Verdrängung* (d.h. Unterdrückung und Sublimierung) von Bedürfnisbefriedigung gründet. (Natürlich war



Abonniert!

Zeitung der
Spartacist
League/Britain

DM 10,-

Bestellt bei:
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Observer



Paul Mattsson

London 1994: Schwule demonstrieren für gleiche Rechte. Marxisten sind gegen reaktionäre Jugendschutzgesetze (links). Faschistische Nationale Front (rechts) geht gegen Gay-Pride-Demo in Leicester, Juli 2000 vor

Freuds Weltbild in einem bestimmten Maß von den zutiefst einengenden, sexuell repressiven viktorianischen Werten seiner Gesellschaft geprägt.) Wir leben in einer feindseligen Gesellschaft, die brutal, ignorant und sexualfeindlich ist. Befreit von den Krankheitsbildern der Klassengesellschaft und der patriarchalischen Familie, in einer Umgebung frei von einengenden Tabus, könnten Fragen hinsichtlich Kindern und Sexualität auf rationale Weise angegangen werden. Wie es gegenwärtig aussieht, gibt es vieles, was wir einfach nicht wissen können und nicht wissen.

In kultureller Hinsicht erweisen sich hier viele Fragen als äußerst relativ. Beispielsweise steht im Koran, dass ein Mäd-

chen verheiratet werden kann, sobald sie neun wird. In seiner *Geschichte der Kindheit* beschreibt Philippe Ariès die fehlende sexuelle Zurückhaltung von und gegenüber Kindern in Europa während des Mittelalters und merkt an:

„Die Einstellung zur Sexualität und zweifellos auch die Sexualität selbst ist von Milieu zu Milieu und infolgedessen auch von Epoche zu Epoche und von Mentalität zu Mentalität verschieden. Heute scheinen uns Berührungen, wie Heroard [Leibarzt des französischen Königs Heinrich IV.] sie uns beschrieben hat, hart an sexuelle Anomalie zu grenzen, und niemand würde sie öffentlich

Fortgesetzt auf Seite 26

Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend

Berlin

Dienstag, 16. Januar, 18 Uhr

Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!

Dienstag, 6. Februar, 18 Uhr

Bundeswehr: Kein Mann, kein Pfennig für die imperialistische Armee!

Dienstag, 27. Februar, 18 Uhr

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Dienstag, 20. März, 18 Uhr

Die ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus

Treffpunkt ist das Seminargebäude
am Hegelplatz, Raum 207
(Humboldt-Universität)

Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg

Montag, 8. Januar, 18 Uhr

Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg

Montag, 29. Januar, 18 Uhr

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Teestube im Pferdestall,
Uni Hamburg, Allende-Platz 1

Montag, 19. Februar, 18 Uhr

Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

Montag, 12. März, 18 Uhr

Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!

Clubraum der Werkstatt 3,
Nernstweg 32-34 (Nähe S-Bahn Altona)

Kontakt: (0 40) 32 36 44

Nizza...

Fortsetzung von Seite 2

Ein Team von Unterstützern europäischer Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga verkaufte mehrere hundert Zeitungen und Broschüren in verschiedenen Sprachen an diese Gewerkschafter, die besonders unsere Artikel willkommen hießen, in denen wir die LKW-Fahrer gegen die sozialdemokratischen Regierungen unterstützen.

Aber die prokapitalistischen Irreführer in den Gewerkschaften, die die LKW-Blockaden als „Streiks der Bosse“ verurteilten, helfen dabei, die Angriffe auf den Lebensstandard, auf die Gewerkschaften und Immigranten durchzusetzen, die von ihren sozialdemokratischen Kollegen in der Regierung durchgeführt werden. Mit dem Segen ihrer Herren in der Jospin-Regierung – die ihre Bullen an diesem Tag zurückhielt – hatten die Gewerkschaftsführer in Nizza einfach das Ziel, den Arbeitern zu erlauben, Dampf abzulassen und bei den kapitalistischen Regierungen „für ein wirklich soziales Europa“ zu betteln.

Im Wesentlichen war das die gleiche Linie, die von den „linken“ Organisatoren des Protests vom nächsten Tag vertreten wurde; dieser Protest war eine Fortsetzung der „Anti-Globalisierungs“-Demonstration gegen die Welthandelsorganisation (WHO) in Seattle 1999 und der anschließenden Proteste gegen den IWF und die Weltbank in Washington, D.C. und Prag. Die radikalisierten Jugendlichen, die von diesen Protesten angezogen werden, wollen gegen die fürchterlichen Bedingungen kämpfen, die vom Kapitalismus des „freien Marktes“ in der ganzen Welt geschaffen werden. Aber die Organisatoren des Protests wollen diese Sorgen und das Bemühen um soziale Gerechtigkeit in national-chauvinistische Appelle an ihre jeweils eigene imperialistische Bourgeoisie kanalisieren. Sie feiern den „Geist von Seattle“, der sich auf Appelle an die US-Regierung konzentrierte, „humane“ Arbeitsstandards auf der ganzen Welt zu erzwingen, und der politisch dominiert war von chauvinistischem Protektionismus und antikommunistischer Anti-China-Hetze der AFL-CIO (US-Gewerkschaftsdachverband)-Führer. In Nizza richteten die europäischen Pseudolinken an die Labour- und „sozialistischen“ Regierungen – die sie loyal unterstützen – Appelle nach einem „humaneren“ und „sozialeren“ kapitalistischen Europa.

Keine Illusionen in „humanitären“ Imperialismus

Zu den Organisatoren des Nizza-Protests gehörte die „Anti-Globalisierungs“-Gruppe ATTAC, die ekelhafterweise die Hetzkampagne der französischen Bourgeoisie gegen Gewalt wiederkäute. Ein Sprecher von ATTAC wetterte: „Man kann nicht mit Aktionen aufhören aus Angst vor den casseurs... Aber solche paramilitärischen Praktiken müssen alle empören, die anders Politik machen wollen“ (*Libération*, 8. Dezember). Die Ligue communiste révolutionnaire (LCR) von Alain Krivine hat sich mit ATTAC in einem „Kollektiv für eine andere Charta“ zusammengetan, zu dem auch die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) und die Grünen gehören, die beide zurzeit Ministerposten in Jospins kapitalistischer Regierung haben. In ATTAC vergraben ist Socialisme par en bas (SPEB) – verbunden mit der britischen Socialist Workers Party (SWP) des verstorbenen Tony Cliff, die sich als „überglücklich“ bezeichnete, als Labours Tony Blair zum Premierminister gewählt wurde.

Das Wüten von Jospins Bullen entlarvt allein schon die reformistischen Illusionen, die von der Pseudolinken verbreitet werden, und war ein Anschauungsunterricht im marxistischen Verständnis des Staates als eines Repressionsapparats, der die Profite und die Herrschaft der Kapitalistenklasse aufrechterhalten soll. Die Vorstellung, dass die imperialistischen Mächte unter Druck gesetzt werden

können, damit sie „Menschenrechte“ sichern, ist nichts anderes als abscheulicher Sozialpatriotismus. Was ist mit der dreckigen Geschichte des französischen Kolonialismus in Algerien und Indochina; des britischen Imperialismus in Irland, auf dem indischen Subkontinent, in Afrika und im Nahen Osten; des Holocaust des deutschen Imperialismus an Juden, Roma, sowjetischen Kriegsgefangenen und anderen im Zweiten Weltkrieg; der Holländer in Indonesien und der Belgier, Portugiesen und Italiener in Afrika?

Imperialismus ist keine *Politik*, die durch den Druck der Massen in eine gutmütigere Richtung gelenkt werden kann. Er ist, in den Worten von W.I. Lenin, Führer der bolschewistischen Partei und der Oktoberrevolution von 1917, das „höchste Stadium des Kapitalismus“. Auf dem Höhepunkt des interimperialistischen Gemetzels des Ersten Weltkriegs verurteilte Lenin die Vorstellung von einem europäischen kapitalistischen „Superstaat“: „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär“ („Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“, August 1915).

Wir sind gegen die EU, weil sie ein Block zur kapitalistischen Kooperation *gegen die arbeitenden Massen und unterdrückten Minderheiten in Europa* und zum Konkurrenzkampf um Märkte und Ausbeutungssphären gegen ihre imperialistischen Rivalen USA und Japan ist. Das IKL-Team kam nach Nizza, um linke Arbeiter und Jugendliche für den Kampf um neue Oktoberrevolutionen zu gewinnen – für ein Arbeitereuropa als Teil einer internationalen sozialistischen Gesellschaft. Wir kämpfen dafür, Arbeiter und linke Jugendliche von den sozialdemokratischen Verrätern zu *brechen* und revolutionäre Arbeiterparteien zu schmieden.

Pseudolinke werben für imperialistische Intervention

Der EU-Gipfel zeigte die wachsenden Trennungslinien nicht nur zwischen den westeuropäischen Mächten und den USA, sondern auch innerhalb Europas. Die Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats führte zu verstärkten interimperialistischen Konflikten, die vorher durch die Notwendigkeit einer antisowjetischen Einheit im Zaum gehalten wurden. Der Gipfel sollte Bedingungen ausarbeiten, um die ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas in die EU zu bringen und das organisatorische Gewicht der einzelnen imperialistischen Staaten innerhalb der EU neu zu verhandeln. Seit dem konterrevolutionären Anschluss Ostdeutschlands 1990 hat das wieder vereinigte imperialistische Deutschland eine dominanter Rolle bei der Festlegung der EU-Politik verlangt. Die herrischen Forderungen des deutschen Vierten Reichs provozierten einen Aufruhr in anderen europäischen Hauptstädten – besonders bei seinen Feinden in zwei Weltkriegen, Britannien und Frankreich – und Entscheidungen über praktisch alle wichtigen beim Gipfel anstehenden Fragen hängen weiter in der Luft.

Eine Hauptquelle für den Konflikt mit den USA war die Aufstellung einer europäischen „Schnellen Eingreiftruppe“. Eine paneuropäische Militärstreitmacht als eine Alternative zum US-dominierten NATO-Bündnis wurde zum ersten Mal einen Tag nach dem Ende des Terrorkriegs der NATO gegen Serbien letztes Jahr vorgeschlagen und spiegelte eine weit verbreitete Besorgnis der europäischen Bourgeoisien über Washingtons militärische Übermacht wider. Nur wenige Tage bevor der Nizza-Gipfel begann, warnte der US-Verteidigungsminister William Cohen ganz offen ein Treffen von NATO-Ministern in Brüssel, dass alle von der EU durchgeführten Militäroperationen von der NATO geplant

und überwacht werden müssen. In einer scharfen Antwort, die er später modifizierte, bestand der französische Präsident Jacques Chirac darauf, dass die vorgeschlagene europäische Militärstreitmacht „unabhängig“ von der NATO sein müsse. Die Warnung der USA erhielt bei den Medien in Europa wenig Aufmerksamkeit außer in Britannien, wo die Bourgeoisie schon lange hin und her gerissen ist zwischen der Treue zu ihren amerikanischen Vettern und dem Verfolgen ökonomischer Interessen auf dem Kontinent. Letzten Endes arbeitete Blair einen „Kompromiss“ aus, der einfach eine Machtprobe vertagte.

In einer Stellungnahme zu den Nizza-Protesten auf ihrer Website erklärte die LCR, dass die vorgeschlagene Militärstreitmacht „gegen das Volk“ gerichtet sein werde. Aber das wirkliche Problem für diese Sozialchauvinisten ist, dass Europa gezwungen wäre, militärisch „an der Seite und unter Aufsicht der Vereinigten Staaten“ zu intervenieren. Der ideologische Kniefall der Pseudolinken vor dem Imperialismus spiegelt ihre langjährige Unterstützung für den westlichen Imperialismus gegen die Sowjetunion im Namen von „Demokratie“ und „Menschenrechten“ wider. Heute agiert die reformistische und zentristische Linke in Europa immer mehr als Sprecher für die Interessen ihrer eigenen imperialistischen Bourgeoisien gegen Washington.

Während der Bombardierung Serbiens war die Linie der LCR ein Echo auf das imperialistische Kriegsgeschrei über das „arme kleine Kosovo“. Ihre Zeitung *Rouge* (1. April 1999) veröffentlichte einen „Aufruf von Personen der Öffentlichkeit“, der vom LCR-Führer Daniel Bensaïd mit unterzeichnet war und dessen zentrale Losung eine Intervention militärischer Streitkräfte unter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) forderte:

„Die NATO war weder die einzige noch die beste Stütze für das Zustandekommen eines Abkommens. Man hätte im Rahmen der OSZE die Bedingungen für eine multinationale Polizeieinheit (vor allem zusammengesetzt aus Serben und Albanern) herstellen können, um ein Übergangsabkommen umzusetzen.“

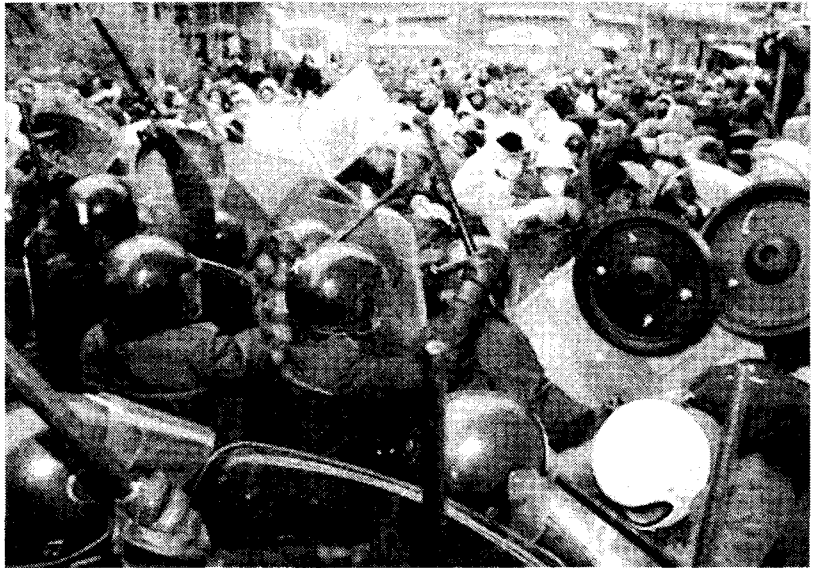
Eine ähnliche Stellungnahme wurde in Britannien unterzeichnet von Alex Callinicos von der SWP.

Jetzt fordern diese Sozialchauvinisten die EU-Imperialisten dazu auf, im Nahen Osten unter dem Deckmantel der „Unterstützung“ für das unterdrückte palästinensische Volk gegen das von den USA unterstützte zionistische Regime zu intervenieren. Die SPEB – Cliff-Anhänger – unterzeichnete ein gemeinsames Flugblatt für eine Demonstration in Paris am 28. Oktober 2000, das den folgenden Aufruf enthielt:

„Wir verlangen sinnvolle Sanktionen gegen den Staat Israel von der französischen und den europäischen Regierungen und einen vollkommenen Bruch in jeder militärischen, universitären, kulturellen, technologischen und ökonomischen Kooperation. Wir verlangen, dass die Europäische Union den Assoziationsvertrag, der sie an den Staat Israel bindet, bricht.“

Dann unterschrieb die LCR eine Erklärung gemeinsam mit der KPF, den Grünen und der pseudo-trotzkistischen Gruppe Lutte Ouvrière (LO), die einen Appell richtet an „die Führer der Europäischen Union und die französischen Behörden, die deren Präsidentschaft übernehmen, ein Maximum an Druck auf die israelische Regierung auszuüben, solange sie weiter gegen internationales Recht und die UN-Resolutionen verstößt“ (*Le Monde*, 5. November).

Frankreichs „Traditionen“ im Nahen Osten werden veranschaulicht durch die brutale Niederschlagung des Unab-



Reuters

Demonstranten, unterwegs zum Protest in Nizza und von Frankreich am Überschreiten der Grenze gehindert, wurden von italienischen Bereitschaftsbullen angegriffen

hängigkeitskampfes in Syrien in den 20er-Jahren, einschließlich der Bombardierung von Damaskus aus der Luft und mit Artillerie 1925. Die SPEB und die LCR richteten ihre Appelle zu intervenieren an die gleichen französischen Imperialisten, die 1956 gemeinsam mit Britannien einen Krieg im Bündnis mit dem zionistischen Israel gegen Nasers Ägypten begannen mit dem Ziel, die Nationalisierung des Suez-Kanals rückgängig zu machen. Damals stellten sich die USA gegen die Invasion von Frankreich/Britannien und bekräftigten damit ihre Rolle als imperialistische Hauptmacht im Nahen Osten (und als Herren über dessen riesige Ölreserven) gegen dessen frühere Kolonialherren. Heute, wo sich Frankreich über Washingtons vorherrschende Rolle im Nahen Osten aufregt, setzen sich die LCR und die Cliff-Anhänger für die Ambitionen der EU-Imperialisten gegen deren amerikanische Rivalen ein.

Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

Trotz eines gelegentlich linkeren Auftretens lief auch die rechtszentristische britische Gruppe Workers Power (WP) während des Kalten Krieges den konterrevolutionären Kräften von der polnischen Solidarność bis zu Russlands Jelzin hinterher und setzte sich auf dem Balkan für die Kriegsziele der NATO-Imperialisten ein. WP machte ganz offen eine Kampagne für die Niederlage der serbischen Kräfte durch die Kosovo-Befreiungsarmee – ein Werkzeug des NATO-Imperialismus –, teilte in London die Plattform mit begeisterten Anhängern der NATO-Bombardierung und bejubelte den Rückzug der serbischen Truppen aus dem Kosovo unter den Waffen der imperialistischen Mächte.

Das ist völlig im Einklang mit der unterwürfigen Treue von WP zu Labour, wobei WP auch die Amtseinführung von Blairs Regierung unterstützt hat. WP kam nach Nizza mit ihrer eigenen alternativen Charta von reformistischen Forderungen. In ihrem Aufruf für Nizza auf ihrer Website vom 20. November würzte WP ihr opportunistisches Programm mit der Straßenkämpferhetorik des anarchistischen Milieus und erklärte, die Aufgabe sei es, „den Gipfel zu umzingeln und durch direkte Aktion davon abzuhalten, dass er seine erklärten Ziele erreicht“. Ein Führer der mit WP verbundenen französischen Gruppe Pouvoir Ouvrier (PO), der wie ein chauvinistischer Veteran des Stellungskriegs und der Senfgasangriffe aus dem Ersten Weltkrieg klang, trompetete

Fortgesetzt auf Seite 28

SPD/Grüne rüsten...

Fortsetzung von Seite 1

mehr nötig. Die NATO-Streitkräfte wurden reduziert und die großen Militärbudgets für die Aufrechterhaltung der umfangreichen Truppenkontingente in Europa sind nicht länger notwendig. So hat Italien seine Armee verkleinert und Frankreich die Wehrpflicht abgeschafft. Wenn auch verringert, wird inzwischen die Präsenz der US-geführten NATO in Europa nicht nur von Deutschland zunehmend als lästig empfunden. Die dominierende Rolle der USA in Südeuropa – im Krieg gegen Serbien 1999 und zuvor im Bosnienkrieg 1995 – vertiefte diesen Groll der europäischen Imperialisten und führte zu den Diskussionen über eine *europäische* Militärtruppe.

Frauen und Bundeswehr

Als Teil der Bundeswehrreform wurde das reaktionäre erniedrigende Verbot durch das Grundgesetz, Frauen „dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten“, abgeschafft und damit wurden alle Bereiche der Bundeswehr auf freiwilliger Basis für Frauen geöffnet. Anlass war die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegen dieses Verbot. Jetzt will die Bourgeoisie ihr demokratisches Ansehen aufpolieren – nahezu alle Armeen Europas sowie auch die US-Armee haben Frauen in ihren Einheiten. Außerdem kann so der Mangel an Berufssoldaten besser behoben werden. So erklärte *Der Spiegel* (11. September 2000):

„Die Organisation [Bundeswehr] hat ihre Chance erkannt, mit der sich verändernden Gesetzeslage dramatische Personalengpässe auszugleichen, vor allem in den Bereichen Technik, Logistik und Fernmeldewesen – derzeit fehlen rund 7000 Unteroffiziere und 2000 Zeitoffiziere. Seit für die Auslandseinsätze immer mehr Freiwillige benötigt werden, mangelt es an geeigneten Bewerbern.“

Wir Kommunisten sind Gegner der bürgerlichen Armee, der Wehrpflicht und jeder Verstärkung der Armee. Aber genauso wie wir gegen jede Form der Diskriminierung in der „zivilen“ bürgerlichen Gesellschaft kämpfen, sind wir gegen Diskriminierung in der Armee. Das bisherige Verbot gegen Frauen, Dienst an der Waffe zu leisten, ist direkter Ausdruck der Unterdrückung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft, institutionalisiert in der bürgerlichen Familie, in der Frauen gefälligst ihren Platz am Herd einnehmen und sich um die Aufzucht der nächsten Generation Kanonenhüter kümmern sollen. Wir Kommunisten kämpfen gegen jede Art der Diskriminierung von Frauen und für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution: die Ersetzung der Funktionen der Institution Familie, z. B. durch die Vergesellschaftung der Kindererziehung und Hausarbeit, um damit die Basis für die unbegrenzte Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Leben zu schaffen.

Mit der Diskriminierung von Frauen geht die Diskriminierung von Homosexuellen einher, die ebenso in der bürgerlichen Institution der Familie wurzelt. Als von einem Bundeswehroffizier bekannt wurde, dass er homosexuell ist, wurde er unverzüglich strafversetzt. Er klagte gegen diese Diskriminierung. Kriegsminister Scharping erklärte dazu: „Homosexuelle seien als Führungskräfte ungeeignet, weil ihnen der Respekt verweigert würde“ (*Neues Deutschland*, 8. Juni 1999). Das ist exakt der homophobe reaktionäre Dreck, der in der Armee, als einem Mikrokosmos der bürgerlichen Gesellschaft, konzentriert zum Ausdruck kommt. Übrigens: Friedrich II. (der Große) – Idol des deutschen

Militarismus, der in Scharpings Kreisen großen Respekt genießt – war offen homosexuell.

Die Aufhebung des Verbots gegen Frauen, Dienst an der Waffe zu leisten, führte zu einer Debatte in der PDS. Die Mehrheit der PDS-Bundestagsfraktion ist dagegen, mit dem Hauptargument, sie seien ja „Antimilitaristen“. So hatte z. B. schon die abrüstungs- und friedenspolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Heidi Lippmann am 14. Juli 1999, als Frauen zum Wachdienst in der Bun-



Jewgeni Chaldei

Rote Fahne auf dem Reichstag, 1945. Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!

deswehr zugelassen werden sollten, erklärt: „Die PDS lehnt den Dienst von Frauen an der Waffe generell ab.“ Das ist faktische Unterstützung der Diskriminierung von Frauen! Die PDS-Bundestagsabgeordnete Christine Schenk sprach sich dagegen vehement für die Abschaffung des Verbots aus: „Auch hat man festgestellt, dass Maßnahmen präventiver Diplomatie der UNO, inclus. humanitärer Blauhelmeinsätze, von denen es durchaus einige gibt, die diese Bezeichnung verdienen, umso besser gelingen, je höher der Anteil von Frauen an ihrer Planung und Durchführung ist“ (*Disput*, Oktober 1999). Angewandt auf die Bundeswehr argumentiert Schenk also, dass diese ein effizienteres Instrument für den deutschen Imperialismus sein wird, wenn Frauen den Zugang haben. Worin sich *beide* Seiten einig sind, ist die Forderung für „den sozialverträglichen Abbau der Bundeswehr auf eine vorerst 100.000-Personen-Armee“ („100.000 sind genug – Konzept der PDS zur Zukunft der Bundeswehr“). Sprich: Ihr „Antimilitarismus“ heißt nicht, dass sie gegen die imperialistische Armee sind, sie wollen nur eine kleinere Ausgabe davon!

Die pseudotrotzkistische Sozialistische Alternative Voran (SAV) hat nichts gegen das Verbot gegen Frauen einzuwenden und sagt zu dessen jetziger Aufhebung: „Ist die Emanzipation dann erreicht, wenn Frauen alles das tun dürfen, was auch Männer tun? Wir kämpfen nicht um Gleichberechtigung um der Gleichberechtigung willen, sondern um ein menschenwürdiges Leben, in dem Bedürfnisse zählen. Krieg ist genauso wenig ein Bedürfnis von Männern wie von Frauen“ (*Voran*, Februar 2000). Mit dem scheinheiligen Argument, Krieg sei kein Bedürfnis von „Männern wie von

Frauen“, verteidigt die SAV hier die *Diskriminierung* von Frauen, die auf Schritt und Tritt in dieser kapitalistischen Gesellschaft eben nicht „das tun dürfen, was auch Männer tun“. Doch der Kampf gegen jede Form von Diskriminierung, welche Schicht der Gesellschaft sie auch betreffen mag, für „Gleichberechtigung um der Gleichberechtigung willen“ ist ein Schlüssel, um das Proletariat zum Sturz dieser kapitalistischen Gesellschaft zu führen.

Das Grundgesetz wurde nun dahingehend geändert, dass Frauen „auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe gezwungen werden“ dürfen. Im Kriegsfall können Frauen sowieso zwangsverpflichtet werden, ob mit Waffe oder ohne. Die Wehrpflicht von Frauen ist nicht generell unvereinbar mit bürgerlicher Herrschaft, wie das Beispiel Israels zeigt. Der Bourgeoisie ist es generell egal, wen sie auf dem Schlachtfeld verbluten lässt. Aber ein Krieg, in dem auch viele Frauen in Leichensäcken nach Hause kommen, birgt für die Bourgeoisie die Gefahr einer ungeheuren Destabilisierung der gesamten Gesellschaft. Einhergehend mit unserem Kampf gegen imperialistischen Krieg kämpfen wir gegen die Wehrpflicht, mit der die Bourgeoisie die Arbeiterjugend zwingt, ihr im Militär zu dienen. So würden wir als revolutionäre Marxisten uns niemals freiwillig für die Armee der herrschenden Kapitalistenklasse melden. Wenn wir aber eingezogen werden, gehen wir gemeinsam mit unserer Klasse. Denn wir wissen: In einer revolutionären Situation ist es entscheidend, die Armee zu spalten und die Arbeiter in Uniform für die Revolution zu gewinnen.

Lenin erklärte 1916 im Ersten Weltkrieg:

„Heute militarisiert die imperialistische – und andere – Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie meinetwegen die Frauen militarisieren. Wir antworten darauf: Desto besser! Nur immer schneller voran – je schneller, desto näher ist der bewaffnete Aufstand gegen den Kapitalismus...“

Es war ein bürgerlicher Beobachter der [Pariser] Kommune, der im Mai 1871 in einer englischen Zeitung schrieb: ‚Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestünde, was wäre das für eine schreckliche Nation.‘ Die Frauen und die Jugend vom 13. Jahr an kämpften während der Kommune neben den Männern, und es wird nicht anders sein in kommenden Kämpfen um die Niederwerfung der Bourgeoisie“ („Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“, 1916).

Die Armee als Mikrokosmos der rassistischen bürgerlichen Gesellschaft

Jede Art von Diskriminierung zeigt sich zugespitzt unter den sowieso zutiefst repressiven Verhältnissen der Armee, und zwar nicht nur in Bezug auf Diskriminierung gegen Frauen – eine staatliche Politik, die die in der bürgerlichen Gesellschaft (und vorhergehenden Klassengesellschaften) vorherrschende reaktionäre Meinung ausdrückt, dass Frauen biologisch und intellektuell den Männern unterlegen seien –, sondern auch in Bezug auf Rassismus, Hetze gegen Homosexuelle, überhaupt alles, was in der kapitalistischen Gesellschaft als Ganzes schwärt. Es zeigt den zutiefst rassistischen Charakter dieser Gesellschaft, dass Jugendliche der zweiten und dritten Generation, deren Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern aus der Türkei eingewandert sind, in der Regel keinen deutschen Pass kriegen. Diese Jugendlichen werden dann in die türkische Armee eingezogen, also in ein fremdes Land, dessen Sprache sie



VAAP

Als „Nachthexen“ wurden sie von der Nazi-Wehrmacht gefürchtet: Lily Litvak (links), heroische jüdische Kampfpilotin der Roten Armee, mit Genossinnen

häufig nicht einmal sprechen können!

Wir sind prinzipielle Gegner der Bundeswehr und der Wehrpflicht, aber so wie wir in der bürgerlichen Gesellschaft als Ganzes gegen Rassismus und Nationalismus kämpfen, die dazu dienen, die multiethnische Arbeiterklasse zu spalten und sie an ihre eigenen Ausbeuter zu ketten, so kämpfen wir auch gegen rassistische Diskriminierung in der Armee und beim Zugang zur Armee. Eingewanderte Arbeiter sind ein strategischer Bestandteil des Proletariats und ein Schlüssel für die Revolution in Deutschland. Die Arbeiterbewegung wird gemeinsam vorwärts gehen oder aber getrennt

Fortgesetzt auf Seite 12

Spartakist-Veranstaltungen in Berlin

Wahlen in Serbien: Made in USA and Germany!

Sonntag, 14. Januar, 13 Uhr

Seniorentreff, Gudrunstr. 8

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Dienstag, 13. März, 18 Uhr

KATO (U-Bahnhof Schlesisches Tor)

Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

SPD/Grüne rüsten...

Fortsetzung von Seite 11

zurückgeschlagen werden. Sie muss kämpfen für: **Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!**

Aufgrund des neuen von der SPD eingeführten rassistischen Staatsbürgerschaftsgesetzes, das Immigranten und Jugendliche der zweiten und dritten Generation bestenfalls zu Bürgern zweiter Klasse macht, werden diese Jugendlichen in Zukunft in die Bundeswehr gezogen. „Nach einer Hochrechnung wird in zehn Jahren jeder Achte, der zum Grundwehrdienst herangezogen wird, ausländischer Herkunft sein – jährlich etwa 12 000 junge Männer“ (*Der Spiegel*, 30. Oktober 2000). Diese Jugendlichen, die in Deutschland tagtäglich Diskriminierung und antitürkischem und antitürkischem Rassismus ausgesetzt sind, werden in der Bundeswehr noch viel verschärfter diskriminiert werden, sollen aber gleichzeitig mit der Waffe in der Hand für die Bourgeoisie kämpfen.

Um diesen potenziellen Sprengsatz unter Kontrolle zu halten, erklärt die „Innere Führung“ der Bundeswehr unter der Überschrift: „Multikultur in der Bundeswehr“: „Allen Formen von Diskriminierung haben sie (die Vorgesetzten) energisch entgegenzutreten, notfalls mit Disziplinarmaßnahmen. Genauso entschieden sind Disziplinlosigkeit und Verstöße gegen die dienstliche Ordnung, die aus spezifischen Eigenheiten dieser Gruppe herrühren, zu unterbinden.“ Dürftig abgedeckt mit Antidiskriminierungs-Phrasen, ist das eine Anweisung, die ganzen Zwangsmaßnahmen, über die die Armee verfügt, „entschieden“ gegen diese Jugendlichen einzusetzen, um sie fertig zu machen, zu gefügigem Kanonenfutter zu machen.

Der Titel des Papiers der „Inneren Führung“ (3/2000) ist bezeichnenderweise „Muslime in den Streitkräften“. Das ist ein Codewort, mit dem tagtäglich rassistisch gegen Immigranten aus der Türkei und ihre Kinder und Enkel gehetzt wird, sie seien „fundamentalistisch“ und „terroristisch“. Bürgerlicher Nationalismus wird in der Armee konzentriert aufgepeitscht, um die Arbeiterjugend auf das Abschlagen ihrer Klassenbrüder aus anderen Ländern vorzubereiten; Hand in Hand damit geht verschärfter Rassismus.

Wenn es Angriffe gegen demokratische Rechte gibt, hat die Arbeiterbewegung ein massives Interesse daran, sie zurückzuschlagen. Der Fall Dreyfus war Ende des 19. Jahrhunderts eine Testfrage der Arbeiterbewegung über die Verteidigung der demokratischen Rechte für alle Minderheiten. Dreyfus, ein jüdischer Offizier in der französischen Armee, wurde in einem abgekarteten Spiel wegen Spionage angeklagt und inmitten einer hysterischen antisemitischen Kam-

pagne eingekerkert. Dies brachte Frankreich an den Rand eines Bürgerkriegs. Wir stehen mit dem Teil der sozialistischen Bewegung jener Zeit, der Dreyfus verteidigte.

Imperialistischer Krieg zur Unterjochung des Balkans

Der Balkankrieg, der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr seit der Zerschlagung Nazideutschlands durch die Rote Armee, traf auf viel Unmut in der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung. Unentbehrlich für die Bourgeoisie war die bürgerliche Arbeiterpartei SPD an der kapitalistischen Regierung, die es schaffte, ihrer Arbeiterbasis den Krieg reinzuwürgen, was der CDU wahrscheinlich so nicht gelungen wäre. Dennoch gab es Proteste, und hier eilte die zweite sozialdemokratische Partei PDS der Regierung zu Hilfe, um diese Proteste in giftigen nationalistischen Antiamerikanismus zu kanalisieren. Der wesentliche Grund für ihre Opposition gegen den Balkankrieg war, dass er von der US-dominierten NATO geführt wurde (siehe: „PDS: keine Alternative zu SPD-Kriegstreibern“, *Spartakist* Nr. 140, Sommer 2000). Das heißt die PDS versucht die Arbeiterklasse zu täuschen, dass ihr Hauptfeind der US-Imperialismus und nicht ihre „eigene“ imperialistische herrschende Klasse ist. Der Antiamerikanismus der PDS soll ihre eigene Unterstützung für die Ziele des deutschen Imperialismus verschleiern. Daher erklärt sie jetzt auch: „Die PDS strebt die Auflösung der Militärbündnisse NATO und WEU an. Sie sollen ersetzt werden durch eine aufzubauende neue europäische Sicherheitsarchitektur unter dem Dach der OSZE“ (PDS-Bundeswehrkonzept). Die OSZE ist eine von den europäischen Imperialisten, allen voran Deutschland, dominierte Agentur.

Der Balkankrieg war ein Test für Revolutionäre, und die überwiegende Mehrheit der Pseudolinken in diesem Land fiel mit Pauken und Trompeten durch. Sie unterstützten in der einen oder anderen Weise die Ziele ihrer eigenen Bourgeoisie nach Vorherrschaft auf dem Balkan und übernahmen deren Lüge, dass es um die Verteidigung des „armen kleinen Kosovo“ gehe. Unsere internationale Partei intervenierte: „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution – verteidigt Serbien!“ Ohne der Milošević-Regierung irgendeine politische Unterstützung zu geben, kämpften wir gegen unsere eigene Bourgeoisie, die gemeinsam mit den anderen Imperialisten ein kleines kapitalistisches Land in den Boden bomben wollte, um den Balkan für ihre Zwecke zu „stabilisieren“. Heute fordern wir: **Alle NATO/Bundeswehr/UN/OSZE-Truppen raus aus dem Balkan!**

Für die deutsche Bourgeoisie war der Krieg auch ein Test, mit für sie demütigenden Resultaten. „Im Gefolge des Kosovo-Krieges stieß die Öffentlichkeit auch auf einen anderen Sachverhalt, mit dem bis dahin nur die Fachleute vertraut waren: Die europäischen NATO-Partner sind, was die Ausrüstung ihrer Streitkräfte mit modernen Hochtechnologie-Waffen, Führungsmitteln und Kommunikationssystemen anbelangt, weit hinter die Amerikaner zurückgefallen“ (Bericht der „Weizsäcker-Kommission“, 23. Mai 2000).

Unter der Oberfläche der Einheit des imperialistischen NATO-Bündnisses kam es während des Balkankrieges zu einer Verschärfung der Rivalitäten. Noch während die Bomben fielen, beschloss die Europäische Union den Aufbau einer gemeinsamen Streitmacht, sowohl um das Gewicht der europäischen Imperialisten in der NATO zu verstärken als auch um gegebenenfalls unabhängig von der NATO Krieg führen zu können. Das führte zu scharfen Spannungen zwischen der EU und den USA, die den Aufbau eines potenziell rivalisierenden Militärbündnisses verhindern möchten. So fragte die *New York Times*: „Und werden sie [EU] ihre Truppe so einsetzen, dass sie die NATO, das von den Vereinigten Staaten geführte Bündnis, auf dessen Hauptrolle

SPARTAKIST

DEUTSCHE AUFGABE
 FRÜHJAHR 2000
 Nr. 41 - 48 30

Der Bankrott der Theorien über eine „Neue Klasse“

Tony Cliff und Max Shachtman:
 proimperialistische Komplizen der Kontorrevolution
 SEITE 6

Der stalinistische Thermidor, die Linke Opposition und die Rote Armee 2
 Über Trotzki Konzept einer „Reise-Fraktion“ in der sowjetischen Bürokratie 28
 Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Alle US/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan, jetzt! 46
 Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga vom April 1999 Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution – verteidigt Serbien! 49
 Women and Revolution und die Perspektiven der IRL Frauenbetreuung durch sozialistische Revolution! 64

Schmeißt eine trotzkistische Partei! Für Arbeiterrevolution!
Die Lehren von Indonesien 1965

SEITE 21

Bestell!

Spartacist

(deutsche Ausgabe)

Nr. 21
Frühjahr 2000
 64 Seiten
 DM 4,-

Zu beziehen über:
 Verlag Avantgarde
 Postfach 5 55
 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601
 Postbank Frankfurt/M.
 BLZ 500 100 60

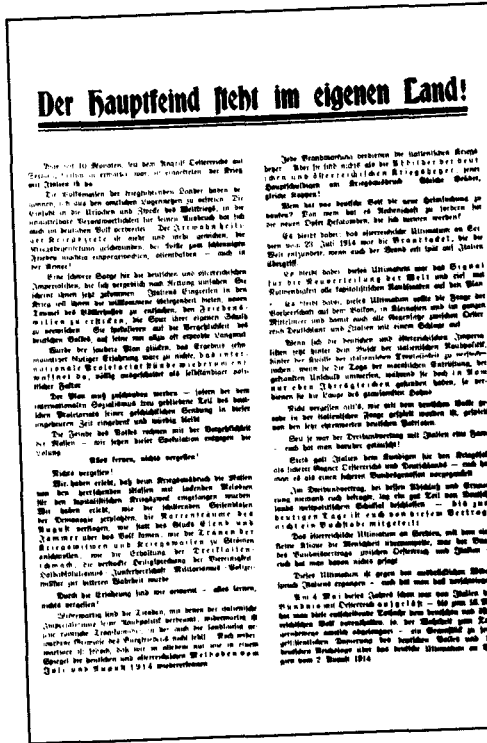
für die europäische Sicherheit Washington besteht, verstärkt und nicht unterminiert?“ (21. November 2000).

Schröder behauptete, „das integrierte Europa ist die Antwort auf Faschismus, Diktatur und Krieg“ (Der Spiegel, 4. Dezember 2000). Dies soll ideologische Rechtfertigung sein sowohl für das massive Rüstungsprogramm im europäischen Rahmen als auch für die EU selbst, die der deutsche Imperialismus als zentral für seine Pläne ansieht. Aber die Europäische Union ist ein Handelsblock zwischen rivalisierenden imperialistischen Mächten, gerichtet sowohl gegen die arbeitende Masse Europas als auch gegen die imperialistischen Rivalen USA und Japan. Diese interimperialistischen Rivalitäten traten auch beim kürzlichen Treffen in Nizza zu Tage, als es beispielsweise zu Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Deutschland über die Stimmengewichtung innerhalb der EU kam. Dahinter stand auch die Streitfrage der Osterweiterung der EU, die den Einfluss Deutschlands massiv stärken wird, da diese Länder ökonomisch vom deutschen Imperialismus massiv abhängig sind. „Wer führt die Europäer?“, fragte Der Spiegel (20. November 2000). Da der Kapitalismus auf der Basis einzelner Nationalstaaten organisiert ist, ist ein kapitalistisches „vereinigtes“ Europa nur möglich mit der Methode von Hitlers Panzern. Wir erklären als proletarische Internationalisten: **Nieder mit Maastricht! Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!**

Nieder mit bürgerlicher Armee und Wehrpflicht!

Die öffentlichen Diskussionen, ob eine Wehrpflichtigenarmee überhaupt noch „nötig“ ist, wecken vielleicht Illusionen in der Jugend, dass die Welt wirklich „friedlicher“ geworden sei, dass der verhasste Wehrdienst wegfällt oder es einfacher wird, darum herum zu kommen. Aber die Diskussionen gehen nur darum, dass Teile der Bourgeoisie es **zurzeit** für effizienter halten, eine qualifizierte Berufarmee aufzubauen, die politisch zuverlässiger wäre und bei Bedarf als Kern einer wehrpflichtigen Massenarmee dienen würde. Gleichzeitig erinnern sie sich an die massiven Proteste gegen die Einführung der Wehrpflicht 1956 und fürchten, dass es schwierig sein könnte, eine einmal abgeschaffte Wehrpflicht bei Bedarf wieder einzuführen. **Wir Kommunisten erklären: Nieder mit der Wehrpflicht!**

Natürlich gehen Kommunisten nicht als Freiwillige in die bürgerliche Armee. Aber in Deutschland gibt es heute die Wehrpflicht, und wenn die Bourgeoisie, die die Staatsgewalt hat, dich zwingt, wirst du auf jeden Fall **irgendwohin gehen**. Konkret heisst das: Entweder sie zwingen dich in die Bundeswehr oder in den so genannten Zivildienst oder aber bei Totalverweigerung schmeißen sie dich in den Knast. Wenn wir also zur Bundeswehr gezogen werden, gehen wir, so wie auch die Mehrheit der proletarischen Jugend geht. Unsere Partei hat eine Perspektive dafür, die einfachen jungen Soldaten, die aus ihrem Leben herausgerissen, unterdrückt, gedemütigt und darauf abgerichtet werden sollen, im Krieg als Kanonenfutter zu enden, für unser revolutionäres Programm zu gewinnen. Wir wissen, dass in einer revolutionären Situation der Schlüssel zum proletarischen Sieg darin besteht, die Wehrpflichtigen-



Flugblatt des heroischen Revolutionärs Karl Liebknecht vom Mai 1915



Dietz Verlag

armee entlang der Klassenlinie zu spalten.

Wir verteidigen jeden, der vom Staat verfolgt wird, weil er sich nicht der Zwangseinberufung unterwerfen will. Aber was bedeutet Verweigerung? Erstmal: Auch Zivildienst ist Zwangsdienst. Du kriechst also zu Kreuze und erklärst dich als gewaltlos (und hast später vor Gericht Probleme, auf Notwehr zu plädieren, wenn du dich etwa gegen einen Nazi zur Wehr gesetzt hast), um den einen Zwang gegen den anderen einzutauschen. Zivildienstleistende werden zentral benutzt für Lohndruckerarbeiten, um qualifizierte gewerkschaftliche Jobs zu vernichten. Und im Kriegsfall macht es keinen Unterschied: Du wirst genauso eingezogen. Die Vorstellung: „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“, ist pure Utopie. Und was die so genannte „Totalverweigerung“ betrifft: Sie ist keine Alternative. So verständlich diese Haltung auch sein mag als eine Opposition aus dem Bauch

Fortgesetzt auf Seite 14

Abonniere jetzt!
Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.
22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History
Luftpost DM 50,-
Seepost DM 20,-
Bestell bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

SPD/Grüne rüsten...

Fortsetzung von Seite 13

heraus gegen diese bürgerliche Armee, sie hilft letztlich nur dem Staat. Denn diese jungen Armeegegner setzen sich buchstäblich selbst außer Gefecht, sie müssen langwierige Prozesse führen, landen im Gefängnis oder müssen das Land verlassen und geben so selbst die Gelegenheit auf, andere junge Wehrpflichtige von ihrer Opposition gegen diese Armee zu überzeugen. Im Grunde ist die politische Logik der Kriegsdienstverweigerung ganz im Sinne der Bourgeoisie, die „Unruhestifter“ entfernen und eine ideologisch homogene bürgerliche Armee will.

Marxisten sind keine Pazifisten, wir sind der Ansicht, dass es viele Dinge gibt, für die es zu kämpfen lohnt: Verteidigung von Streiks, Zerschlagung von Naziaufmärschen, Verteidigung von Frauen und Immigranten gegen reaktionäre und rassistische Angriffe – und den Sturz der rassistischen kapitalistischen Ausbeuterordnung als Ganzes! Lenin polemisierte gegen den Pazifismus wie folgt: „Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, misshandelt und als Sklave behandelt zu werden.“ Aus diesem Grund sind wir als Kommunisten auch gegen Waffenkontrollgesetze, die den Schlägern des bürgerlichen Staats und außerstaatlichen Kriminellen das Waffenmonopol geben.

Die junge revolutionäre Komintern legte fest:

„Die Pflicht zur Verbreitung der Kommunistischen Ideen schließt die besondere Verpflichtung zu einer nachdrücklichen systematischen Propaganda im Heere in sich. Wo diese Agitation durch Ausnahmegesetze unterbunden wird, ist sie illegal zu führen. Der Verzicht auf eine solche Arbeit würde einem Verrat an der revolutionären Pflicht gleichen und mit der Zugehörigkeit zur III. Internationale unvereinbar sein.“ („Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale“, II. Weltkongress der Komintern, 1920)

PDS und „Antimilitarismus“

Die PDS ist einer Meinung mit der Regierung, dass eine Bundeswehrreform überfällig ist: „Die Erörterung neuer Bundeswehr-Konzepte kommt zehn Jahre zu spät. Nach dem Ende des Kalten Krieges hätte eine solche gesellschaftliche Auseinandersetzung stattfinden müssen“ (PDS-Bundeswehrkonzept). Was die PDS zynisch mit „Ende des Kalten Krieges“ beschreibt, markiert die konterrevolutionäre Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion. Wir Spartakisten verteidigten diese Staaten bedingungslos militärisch gegen die Imperialisten und innere Konterrevolution. Darauf basierend kämpften wir in der beginnenden proletarisch-politischen Revolution 1989/90 für ein Rotes Rätendeutschland: Sturz der stalinistischen Bürokratie in der DDR durch eine politisch-proletarische Revolution und im Westen Sturz des imperialistischen Staates durch eine soziale Revolution, d. h. Enteignung der Kapitalisten. Wir waren die einzige Partei, die gegen die Konterrevolution, die kapitalistische Wiedervereinigung, kämpfte.

Die SED/PDS-Führung dagegen fürchtete die Arbeiterklasse mehr als die Kapitalisten. Sie lösten alle Armeeeinheiten auf, die unter dem Einfluss unserer Propaganda Soldatenräte gründeten, sie entwaffneten die Betriebskampfgruppen, um zu verhindern, dass die ostdeutschen Arbeiter sich gegen den Ausverkauf ihrer Betriebe zur Wehr setzen. Die PDS entwaffnete die Arbeiterklasse nicht nur militärisch, sondern vor allem politisch: Sie predigte die Unvermeidbarkeit der Marktwirtschaft, d. h. des Kapitalismus. Nachdem die sowjetische Bürokratie unter Gorbat-

schow das entscheidende grüne Licht gegeben hatte, tat die SED/PDS alles, was in ihrer Macht stand, um die kapitalistische Wiedervereinigung voranzutreiben. Die Konterrevolution in der DDR stärkte den deutschen Imperialismus und lässt ihn noch gieriger nach einer Weltmachtrolle streben. Schon das allein sollte jeden angeblichen „Antimilitarismus“ der PDS disqualifizieren.

Nachdem die Rote Armee 1945 das Naziregime zerschlagen hatte, wurde die Sowjetunion zunehmend mit den Feindseligkeiten der Imperialisten im ersten Kalten Krieg konfrontiert. Die sowjetischen Stalinisten führten eine Reihe von sozialen Umwandlungen in Osteuropa durch – aus ihren eigenen Gründen und mit ihren eigenen bürokratischen Methoden –, in deren Folge die DDR und die anderen deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas entstanden. Im Zweiten Weltkrieg haben wir Trotzisten den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion bedingungslos militärisch verteidigt. Im Krieg *zwischen* den imperialistischen Staaten – unabhängig davon, ob diese von einer faschistischen oder bürgerlich-demokratischen Regierung geführt wurden – hatten wir keine Seite, sondern kämpften für deren Sturz durch Arbeiterrevolution. Wie der amerikanische Trotzist James P. Cannon erklärte: „Verteidigung und Defätismus sind zwei grundsätzliche, das heißt unveröhnliche, Positionen. Sie werden nicht durch willkürliche Wahl, sondern durch Klasseninteressen bestimmt... Die Verteidiger des eigenen Landes waren Defätisten gegenüber Russland. Die Verteidiger Russlands waren Defätisten gegenüber ihrem eigenen Land“ („Wir sind die Partei der Russischen Revolution!“, 1939). Es ist daher kein Zufall, sondern logische Konsequenz, dass die PDS, die für die Konterrevolution 1990 war, heute für Vaterlandsverteidigung ist, während wir für den Sturz des Imperialismus kämpfen.

Die PDS strebt heute eifrig nach Regierungsverantwortung auf nationaler Ebene, hat sie aber noch nicht und gibt sich daher gerne regierungskritisch, auch in Bezug auf die Bundeswehr, vor allem um Jugendliche an sich zu binden, die von SPD/Grünen angeekelt sind. So sagt sie: „Die PDS lehnt den Umbau der Bundeswehr zu einer hochmobilen, weltweit einsetzbaren Interventionsarmee ab. *Der Auftrag der Streitkräfte soll strikt auf die territoriale Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland bzw. die kollektive Verteidigung im Rahmen des NATO-Bündnisses begrenzt werden*“ (PDS-Bundeswehrkonzept).

Die PDS propagiert also eine Scheidelinie zwischen „territorialer Verteidigung“ des kapitalistischen Staates und Auslandseinsätzen. Und das wird von der gesamten Pseudolinken wiedergegeben, die alle gegen den Umbau der Bundeswehr in eine „Interventionsarmee“ lamentieren. Als ob die bisherige Bundeswehr nicht für „Interventionen“ – besonders gegen DDR und Sowjetunion – da war. *Es gibt diese Scheidelinie nicht!*

Die PDS behauptet hier nicht nur, es könne eine „gute“ imperialistische Armee geben, die innerhalb der jetzigen deutschen Grenzen bleibt, sondern sie belügt die Arbeiter auch über den grundlegenden Charakter des deutschen und jedes modernen Kapitalismus. In Lenins Worten ist der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus. Er ist gekennzeichnet durch „das Streben nach Monopolen, nach Eroberungen von Gebieten für Kapitalanlagen, als Rohstoffquellen usw.“ (*Sozialismus und Krieg*). Zum Beispiel beutet der deutsche Imperialismus Arbeiter überall auf der Welt aus: Volkswagen hat Fabriken in Brasilien, Südafrika, Spanien, Mexiko, China und Tschechien. Die deutschen Banken saugen das Blut aus den Arbeitern in ganz Asien, wo sie als zweitgrößter „Kreditgeber“ Superprofite einstreichen. Da jedes imperialistische Land in diesem Streben nach Monopolen Märkte erobern muss, die schon von einem



YIVO Institute

Trotzki (in der Mitte) 1924 mit jungen Männern und Frauen der Roten Armee, die die junge Sowjetrepublik im Bürgerkrieg gegen kapitalistische Armeen verteidigte

anderen imperialistischen Land kontrolliert und ausgeplündert werden, kommt es über kurz oder lang unweigerlich zu Kriegen zwischen den imperialistischen Mächten, wie wir im letzten Jahrhundert zweimal sehen konnten. Es sei denn, die Imperialisten werden durch Arbeiterrevolution gestürzt und Arbeiterräte organisieren die Gesellschaft auf der Basis einer internationalen Planwirtschaft.

Die PDS erklärt: „Unser Land ist gegenwärtig und auf absehbare Zeit von niemandem bedroht“ (PDS-Bundeswehrkonzept). Und das ist der Schlüssel für die gesamte PDS-Politik: Die PDS steht zur „Verteidigung des Vaterlands“ bereit, sobald sie denn eine „Bedrohung“ sähe. In Cottbus versammelte sich die PDS geeint und geschlossen hinter dem Parteitagsslogan „dass ein gutes Deutschland blühe“.

Die Parole der neuen Vorsitzenden Zimmer: „Ich liebe Deutschland“, ist eine programmatische Erklärung, dass die PDS jetzt endlich reif ist, Deutschland zu regieren, und ein Angebot an die SPD, im „deutschen Interesse“ mit ihr zu regieren. Petra Pau wiederum setzte dies in rassistische Realpolitik um mit ihren Thesen zur Einwanderung, die praktisch die Konsequenz haben, Immigranten abzuschieben, wenn diese nach sechs Monaten keine Arbeit gefunden haben. Die PDS ist in Lenins Worten sozialchauvinistisch; ihre manchmal linken und sozialen Phrasen dienen nur dazu, die Arbeiterklasse und Jugendliche an die Interessen ihrer eigenen Bourgeoisie zu ketten.

Trotzki erklärte das so:

„Ein ‚Sozialist‘, der die nationale Verteidigung predigt, ist ein kleinbürgerlicher Reaktionär im Dienste des faulenden Kapitalismus. Während des Krieges sich nicht an den Nationalstaat ketten, sich leiten lassen nicht von der Kriegskarte, sondern der Karte des Klassenkampfes, kann nur die Partei, welche dem Nationalstaat schon in Friedenszeiten unversöhnlichen Krieg erklärt hat. Nur wenn sie die objektive reaktionäre Rolle des imperialistischen Staates vollauf begreift, kann die proletarische Vorhut gefeit sein gegen Sozialpatriotismus aller Art. Das bedeutet: der wirkliche Bruch mit Ideologie und Po-

litik der ‚nationalen Verteidigung‘ ist möglich nur vom Standpunkt der internationalen proletarischen *Revolution*.“ („Krieg und die Vierte Internationale“, 1934)

Die Kommunistische Internationale Lenins und Trotzki wurde gegründet gegen den Verrat und die Verbrechen der Zweiten Internationale, personifiziert in der SPD, die 1914 zu Beginn des Ersten Weltkriegs auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie übergegangen war, für die Kriegskredite gestimmt hatte und die Arbeiterklasse für die Kapitalisten auf die Schlachtbank führte. Die gleiche SPD ist es, die heute wieder die Geschäfte des deutschen Imperialismus führt und den Aufbau seiner Armee verwaltet.

Staat und Armee

Für die Bourgeoisie ist es zentral, zukünftige Kriege nicht nur militärisch, sondern auch ideologisch vorzubereiten. Der Kriegsminister redet über „Frieden“, um die Armee besser und effektiver aufzurüsten. Um das Ansehen des deutschen Imperialismus nach innen und außen weißzuwaschen, starteten sie ihre heuchlerische „Anti-Nazi“-Kampagne, während der Staatsterror gegen Immigranten und Flüchtlinge unter dieser Regierung *verschärft* wurde (siehe: „SPD/PDS: keine Gegner des Faschismus – SPD/Grüne betreiben rassistischen Staatsterror, Sozialraub und Krieg“, *Spartakist* Nr. 141, Herbst 2000). Erinnert euch, dass diese Regierung, während sie den ersten Krieg nach der Zerschlagung des Naziregimes durch die Rote Armee führte, die Propagandalüge verbreitete, es gehe gegen den „Hitler“ Milošević! Die Bourgeoisie verbreitet seit dem Ende der DDR und der Sowjetunion ihre Jubelkampagne über den angeblichen „Tod des Kommunismus“, was ein neues friedliches Zeitalter und die ewige Herrschaft der „Demokratie“ einläute.

Die SPD/Grünen-Regierung ist eine *bürgerliche* Regierung. Sie verwaltet den bürgerlichen Staat, der das Privateigentum an Produktionsmitteln gegen die Arbeiterklasse schützt. Diese schafft alle Werte in dieser Gesellschaft, die sich die Kapitalisten dann privat aneignen. Auch wenn sich

Fortgesetzt auf Seite 28

IG: Noch immer auf der Suche nach ein paar guten stalinistischen Bürokraten

Der Kampf gegen die kapitalistische Konterrevolution in China ist von größter Bedeutung für jeden, der sich gegen die Verwüstungen des Weltkapitalismus stellt. Die Internationale Kommunistische Liga (IKL) kämpft für die bedingungslose militärische Verteidigung des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats China gegen kapitalistische/imperialistische Angriffe und gegen konterrevolutionäre Bewegungen im Innern.

Die Revolution von 1949 stürzte die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer und befreite das Land von imperialistischer Knechtschaft – ein gewaltiger Sieg nicht nur für die chinesischen Arbeiter und Bauern, sondern auch für das internationale Proletariat. Aber die Errungenschaften dieser Revolution, die auf die Schaffung einer geplanten, kollektivierten Wirtschaft zurückgehen, sind zunehmend bedroht, da die Bürokratie der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) imperialistisches und exil-chinesisches Kapital ins Land holt und so ganze Regionen der kapitalistischen Ausbeutung öffnet. Gleichzeitig hat das Beijinger Regime Angriffe auf die „eiserne Reisschüssel“ gestartet, die einst jedem Arbeiter einen Arbeitsplatz auf Lebenszeit, Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Ausbildung garantierte.

Über zwei Jahrzehnte prokapitalistischer „Marktrefor-men“ haben die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution innerhalb und außerhalb des Landes gestärkt und ermutigt. Sie haben auch eine steigende Welle von Streiks und Protesten chinesischer Arbeiter und Bauern zur Ver-

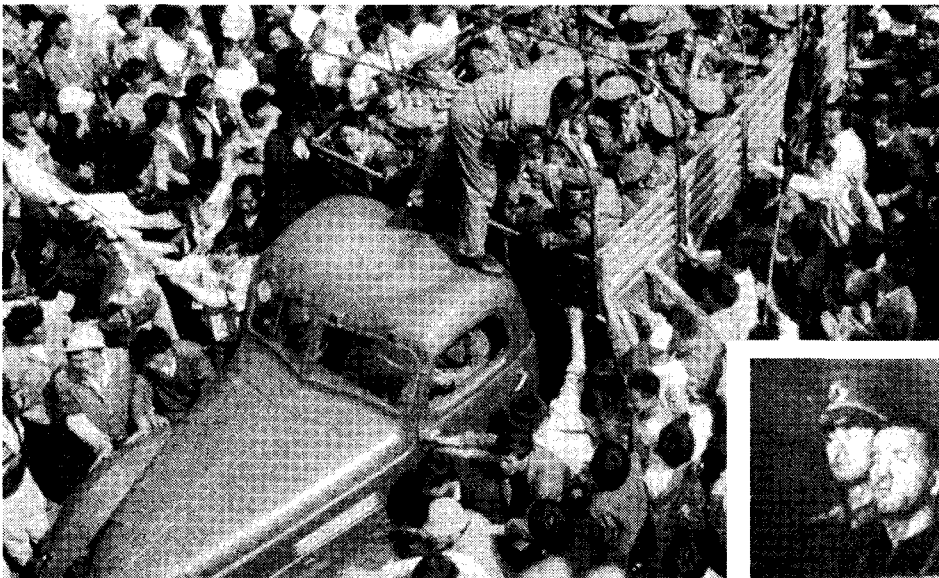
teidigung ihres Lebensstandards gegen die verheerenden Folgen kapitalistischer „Marktrefor-men“ ausgelöst. Es ist der Widerstand des kämpferischen Proletariats, der dem Drang der Beijinger Bürokratie, dem Imperialismus noch größere Zugeständnisse zu machen, Einhalt gebietet.

Die Bürokratie, deren Politik der kapitalistischen Konterrevolution den Weg bahnt, bereitet gleichzeitig den Boden für eine neue revolutionäre proletarische Explosion – nicht eine *soziale* Revolution, die wie 1949 die wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft umstürzen würde, sondern eine *politische* Revolution, um die parasitäre herrschende Oligarchie zu stürzen und die Macht in die Hände von Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räten (Sowjets) zu legen. Dringend notwendig ist eine leninistisch-trozkistische Partei, die das Proletariat zur Eroberung der politischen Macht führt und dies mit dem Kampf für sozialistische Revolutionen in Südkorea, Japan, den USA und der übrigen kapitalistischen Welt verbindet.

Diese revolutionäre Perspektive beruht auf dem Kampf des bolschewistischen Führers Leo Trotzki gegen die bürokratische Kaste, die 1924 in der Sowjetunion durch eine politische Konterrevolution die Macht usurpiert hatte. Die Oktoberrevolution wurde unter der Führung von Lenins und Trozki's bolschewistischer Partei von einem klassenbewussten Proletariat durchgeführt, das die Machtergreifung als ersten Schritt zur sozialistischen Weltrevolution ansah. Die Isolierung der Sowjetunion, die verpasste revolutionäre Gelegenheit 1923 in Deutschland und die allgemeine Stabi-

lisierung der imperialistischen Ordnung schufen die Voraussetzungen für die Degenerierung der Oktoberrevolution und den Aufstieg einer von Stalin geführten bürokratischen Kaste zur politischen Macht.

Die soziale Umwälzung in China wurde von oben durchgeführt – als Ergebnis des militärischen Sieges von Mao Zedongs KPCh über die schwache, korrupte bürgerlich-nationalistische Guomindang von Chiang Kai-



Peter Turnley

Arbeiter und Studenten verbrüderern sich mit Truppen, die den Tiananmen-Aufstand 1989 niederschlagen sollten, der ein Zeichen war für die beginnende politische Revolution gegen das stalinistische Regime. Nach blutiger Unterdrückung der Proteste richtete sich Beijings Repression gegen die Arbeiter



AP



Der Spiegel



AP

DDR-Ministerpräsident Modrow, sowjetischer Präsident Gorbatschow bahnten der Konterrevolution in der DDR den Weg, billigten Anschluss durch westdeutschen Imperialismus. Deutsche Nationalisten in Dresden mobilisierten mit „Deutschland, einig Vaterland“ für kapitalistische Wiedervereinigung

shek, wobei die Basis der KPCh die Bauernschaft war. Die chinesische Bourgeoisie wurde nicht als Klasse zerstört, sondern floh unter anderem nach Taiwan. Maos KPCh hatte keine Perspektive einer Arbeiterrevolution – und tatsächlich spielte das atomisierte chinesische Proletariat keine direkte Rolle in der Revolution. Das Ergebnis war ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat nach dem Modell der Sowjetunion nach ihrer stalinistischen Degenerierung.

Die stalinistische Bürokratie predigte die Idiotie, dass der Sozialismus – eine klassenlose, egalitäre Gesellschaft, auf der Grundlage von materiellem Überfluss – in einem einzigen Land errichtet werden könnte. In der Praxis bedeutete „Sozialismus in einem Land“ die Ablehnung der Perspektive einer internationalen Arbeiterrevolution und Konzessionen an den Weltimperialismus, der direkt auf die Zerstörung der UdSSR aus war. Dieser nationalistische Standpunkt spiegelte die beschränkten Interessen der Bürokratie wider, einer zerbrechlichen, widersprüchlichen Kaste, die als Schmarotzer auf der kollektivierten Wirtschaft lastete, zu deren Verteidigung sie sich manchmal gezwungen sah, um ihre eigene privilegierte Position zu erhalten.

Das Wachstum der Planwirtschaft schuf die Grundlage für die Entwicklung der UdSSR von einem wirtschaftlich rückständigen Land zur zweitgrößten Industrie- und Militärmacht der Welt. Gleichzeitig waren die gesteigerten Privilegien, die sich die kleinbürgerliche Bürokratie aufgrund dieses Wachstums leistete, ein Ansporn für Teile dieser Schicht, sich zunehmend mit der kapitalistischen Welt zu identifizieren. In *Verratene Revolution* (1936) erklärte Trotzki unzweideutig: „Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen? So steht jetzt die Frage, von deren Lösung das Schicksal der UdSSR abhängt.“

Trotzkis Frage wurde negativ beantwortet, als die kapitalistische Konterrevolution 1991/92 die Sowjetunion zerstörte. Diese welthistorische Niederlage wurde dem Proletariat zugefügt, ohne dass es irgendeinen organisierten Widerstand der sowjetischen Arbeiterklasse gab, die atomisiert und ganz ohne revolutionäre anti-kapitalistische Führung war und deren Bewusstsein durch Jahrzehnte von stalinistischem Nationalismus und Lügen vergiftet war. Das Elend und die Verwüstung, die daraus folgten, kann man an der Tatsache sehen, dass drei Viertel der russischen

Bevölkerung jetzt unter oder knapp über der Armutsgrenze leben, dass bei 50 bis 80 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter geistige oder körperliche Schäden festgestellt werden und dass die Lebenserwartung bei Männern stark gefallen ist. Diese Katastrophe unterstreicht nur die dringende Notwendigkeit für das chinesische Proletariat, sich und die übrige Gesellschaft gegen diese Bedrohung dadurch zu verteidigen, dass es die Beijinger Bürokratie wegfegt.

Anwälte für stalinistischen Ausverkauf

Diese trotzkistische Perspektive ist ganz weit entfernt von derjenigen, die von einem zentristischen Verein namens Internationalist Group (IG) vorgeschlagen wird, deren Kern aus dem ehemaligen *Workers Vanguard*-Redakteur Jan Norden und einer Hand voll anderer besteht, die 1996 unsere Partei verließen. Demoralisiert durch die konterrevolutionären Niederlagen in der UdSSR und Osteuropa, gaben sie in zunehmendem Maße eine proletarisch-revolutionäre Perspektive auf. Stattdessen strebten sie danach, sich fremden Klassenkräften anzupassen – zunächst den Überbleibseln der verräterischen stalinistischen Bürokratie, die den deformierten Arbeiterstaat DDR an den westdeutschen Imperialismus ausverkauft hatte. Als die IG dazu kam, die Frage Chinas in einem Artikel mit der Überschrift „Where

Fortgesetzt auf Seite 18



Spartakist

Ostberlin, Januar 1990: Spartakistin spricht vor 250 000 Teilnehmern der antifaschistischen Kundgebung in Treptow, SED-PDS-Chef Gregor Gysi hinter ihr auf der Tribüne. Aus Angst vor organisiertem proletarischem Widerstand gegen kapitalistische Wiedervereinigung beschleunigten SED-Führer den Ausverkauf des Arbeiterstaats DDR



Wladimir Kibalitschitsch



Heroischer Sowjetpion Ignaz Reiss erklärt sich 1937 für die Vierte Internationale, abgedruckt im Bulletin der Linken Opposition; darin heißt es: „Nur unser Sieg – der Sieg der proletarischen Revolution – wird die Menschheit vom Kapitalismus und die UdSSR vom Stalinismus befreien“

IG...

Fortsetzung von Seite 17

Is China Going?“ (Wohin geht China? – *Internationalist*, November/Dezember 1998) zu behandeln, war ihr Hauptpunkt, die Stalinisten von der Hauptverantwortung für den Sieg der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion freizusprechen und auch der Beijinger Bürokratie eine ähnliche Amnestie zu gewähren.

Zu diesem Zweck enthielt der Artikel der IG eine kunstvolle Montage von Zitaten aus Trotzki's Übergangsprogramm von 1938. Dazu zitiert die IG aus dem Abschnitt über „Die UdSSR und die Aufgaben der Übergangsepoche“ einen Absatz zu der Forderung nach „Freiheit der Gewerkschaften und der Fabrikkomitees“ und – nach einer Auslassung – einen zu der Forderung nach einer „Revision der *Planwirtschaft* von Kopf bis Fuß im Interesse der Produzenten und Konsumenten“. In einem der Absätze, die die IG verschwinden lässt, steht Trotzki's Forderung nach Sowjetdemokratie und der Aufruf, „die *Bürokratie und die neue Aristokratie aus den Sowjets zu vertreiben*“. Indem die IG auf die Löschtaste drückt, lässt sie das im Übergangsprogramm ausgedrückte Verständnis verschwinden: „So bleibt die wichtigste politische Aufgabe in der UdSSR dennoch der *Sturz eben dieser Thermidorbürokratie*. Jeder neue Tag ihrer Herrschaft trägt dazu bei, die sozialistischen Elemente der Wirtschaft auszurotten, und vergrößert die Chancen einer kapitalistischen Restauration.“

Die IG postuliert, dass die stalinistische Bürokratie – oder ein Teil von ihr – von Natur aus dem vergesellschafteten Eigentum fest verbunden ist, und erklärt: „Unsere Strategie für die politische Revolution basiert auf der Mobilisierung der Arbeiterklasse für den Kommunismus. Gleichzeitig versuchen wir, wo es möglich ist, Teile der Bürokratie abzuspalten.“ Diese revisionistische Perspektive wurde vor beinahe 50 Jahren von der damals trotzkistischen Socialist Workers Party (SWP) zurückgewiesen, und zwar in einem Dokument von 1953 mit dem Titel „Against Pabloist Revisionism“ [Gegen pabloistischen Revisionismus]:

„Die Annahme, dass kein bedeutender Teil der Bürokratie sich gegen ihre eigenen materiellen Interessen mit den Massen verbünden wird, bedeutet nicht, dass die von einem Aufstand getroffene Bürokratie keine tiefen Spaltungen aufweisen würde... Aber die Funktion einer revolutionären Politik besteht darin, die Massen zu organisieren und zu mobilisieren und auch dazu beizutragen, sie in ihrem Kampf zu führen, nicht jedoch Ausschau nach irgendeinem tiefen Bruch innerhalb der

Bürokratie zu halten oder gar darauf zu vertrauen.“

Wir zitierten diese Erklärung in unserer Polemik „IG on China: Looking for a Few Good Stalinist Bureaucrats“ [IG zu China: Auf der Suche nach ein paar guten stalinistischen Bürokraten] (*Workers Vanguard* Nr. 715, 11. Juni 1999).

Eine Erwiderung auf unseren Artikel, veröffentlicht auf der Website der IG im August 2000, versucht nicht einmal diese zentrale programmatische Differenz anzusprechen. Stattdessen behauptet die IG: „die IKL kann nicht begreifen, wer die Konterrevolution in Osteuropa und der UdSSR

geführt hat und wer die Konterrevolution in China heute führt“, und tönt:

„Für jeden wirklichen Kommunisten ist es unerlässlich, den Unterschied zwischen den verräterischen Irreführern der Arbeiterklasse (Stalinisten, Sozialdemokraten und verschiedene reformistische und zentristische Pseudosozialisten) und dem *Klassenfeind* (die Bourgeoisie) zu verstehen. Was bedeutet das Gerede der IKL von politischer Revolution in China, wenn sie den chinesischen Arbeitern nicht erklären kann, gegen wen und wie sie ihre Schläge richten sollen?“ (Hervorhebung im Original)

Die IG lehnt von Grund auf Trotzki's Verständnis ab, dass die Bürokratie den Arbeiterstaat *auffressen* wird, wenn sie nicht gestürzt wird. Stattdessen predigt sie Vertrauen darin, dass die stalinistische herrschende Kaste (oder ein Flügel von ihr) Widerstand gegen die kapitalistische Restauration leisten würde. Während die IG sich vor dem trotzkistischen Aufruf zur politischen Revolution verbeugt, *leugnet sie den ganzen Zweck der politischen Revolution*: den Sturz der stalinistischen „verräterischen Irreführer“, die die Verteidigung der kollektivierten Wirtschaft gegen den Klassenfeind untergraben und die den Arbeiterstaat letztendlich auffressen würden. Gegen Trotzki und alle historischen Erfahrungen geht die IG stillschweigend davon aus, dass die Gefahr einer Konterrevolution einzig und allein von außerhalb der Bürokratie kommt und dass die chinesischen Arbeiter ihre Schläge *nicht* gegen die „verräterischen Irreführer“ richten sollten. Letzten Februar erhoben sich etwa 20000 Molybdän-Bergarbeiter in der Provinz Liaoning in einem dreitägigen Protest gegen die Pläne des Regimes, Teile ihrer verstaatlichten Mine zu verkaufen und andere zu schließen, und schlugen sich dabei sogar mit Truppen der Volksbefreiungsarmee. Was hält die IG von diesem Protest und anderen, wo die Arbeiter „ihre Schläge“ *gegen die stalinistischen Beamten* richten wie auch gegen die ausländischen kapitalistischen Ausbeuter in den „Sonderwirtschaftszonen“ und andere Unternehmen des „freien Marktes“?

In seinen Schriften zum Spanischen Bürgerkrieg in den 30er-Jahren machte Trotzki kurzen Prozess mit jener Art von Argumenten, die jetzt von der IG vorgebracht werden, wenn sie darauf besteht, dass nur der „Klassenfeind“ – und nicht die Stalinisten – „die Konterrevolution führen“ könne. Als Antwort auf diejenigen, die versuchten, den Verrat der zentristischen POUM, die vor der spanischen Volksfront kapitulierte, zu entschuldigen, indem sie den Imperialisten die Schuld an Francos Sieg gaben, betonte Trotzki:

„Es ist einfach lächerlich, die Niederlage mit Hinweisen auf die Militärintervention der italienischen Faschisten

und der deutschen Nazis und auf das niederträchtige Verhalten der französischen und britischen ‚Demokratien‘ zu rechtfertigen. Feinde werden immer Feinde bleiben. Die Reaktion wird immer, wenn sie kann, intervenieren. Imperialistische ‚Demokratie‘ wird immer betrügen. Das hieße also, der Sieg des Proletariats ist im allgemeinen unmöglich!“ („Noch einmal über die Ursachen der Niederlage in Spanien“, März 1939)

Das Machwerk der IG vom August unter der Schlagzeile „Stalinisten führten die Konterrevolution? IKL zwischen Shachtman und Trotzki“ fabriziert eine verlogene Vermengung zwischen dem Programm der IKL für politische Revolution – deren Voraussetzung die militärische Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten ist – und der Position von Gruppen in der Tradition von Max Shachtman, der 1940 mit dem Trotzkiismus brach, als er die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion preisgab. Die IG weiß, dass wir beharrlich die Notwendigkeit betonen, einen Kaderstamm von chinesischen Trotzkiisten zusammenschweißen, und dass wir versuchen, diese Bemühungen durch die Übersetzung von Schlüsseldokumenten der IKL ins Chinesische zu unterstützen; und ihr Ziel ist es, diese Entwicklung zu vereiteln, indem sie die IKL als irgendwelche stalinophoben „Shachtman-Anhänger“ brandmarkt und gleichzeitig ihre Verteidigungsschrift zugunsten der stalinistischen Verräter als „Trotzkismus“ ausgibt. Würde man den Revisionismus der IG für bare Münze nehmen, könnte das linke Gegner des stalinistischen Beijing-Regimes nur verwirren und die bei vielen tief sitzenden Illusionen verstärken, man könne sich darauf verlassen, dass ein Flügel der Beijinger Bürokratie – in Gestalt derer, die auf das Mao-Regime als eine egalitäre Alternative zur gegenwärtigen Bürokratie unter Jiang Zemin und Zhu Rongji zurückblicken – gegen die Restauration des Kapitalismus Widerstand leisten würde.

Konterrevolution in Ostdeutschland

Um ihre strategische Ausrichtung auf die stalinistische Bürokratie zu verschleiern, bringt die jüngste Schmähschrift der IG zahlreiche Trotzki-Zitate. Aber kein einziges Mal erwähnt die IG den zentralen Punkt von *Verräter Revolution*, dass „auf dem Wege zum Kapitalismus eine Konterrevolution den Widerstand der Arbeiter brechen müßte; auf dem Wege zum Sozialismus die Arbeiter die Bürokratie stürzen müßten. Letzten Endes wird die Frage durch den Kampf lebendiger sozialer Kräfte in der nationalen wie der internationalen Arena entschieden werden.“ Genau dieses Verständnis war wegweisend für die Arbeit der IKL in Ostdeutschland und der ehemaligen Sowjetunion und dieses Verständnis wenden wir auf den Kampf gegen die Konterrevolution in den übrig gebliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam an.

Die Schlussphase in der Zerstörung der Arbeiterstaaten Osteuropas und der Sowjetunion kündigte sich an, als Michail Gorbatschow 1989 die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzog. Damit wurden die afghanischen Frauen den von der CIA unterstützten Mudschaheddin-Mörderbanden ausgeliefert und die Imperialisten dazu ermuntert, die Entschlossenheit des Kremls zur Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas auf die Probe zu stellen. Wir sagten damals, dass es besser ist, den Imperialismus in Afghanistan zu bekämpfen, als die Konterrevolution in Moskau. Wie wir in unserer „Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) schrieben: „Der Kreml führte mit Unterstützung der ostdeutschen Stalinisten die Konterrevolution in der DDR und überschlug sich dabei, das Land an das Vierte Reich auszuhändigen. Mit diesem letzten und endgültigen Verrat, der unter Gorbatschow stattfand, erklärte die Kremlbürokratie, dass der Sozialismus ein zum



Spartakist-Arbeiterpartei demonstriert in Berlin, Juli 1992, für Verteidigung des ehemaligen DDR-Chefs Erich Honecker, der zum antikommunistischen Schauprozess des deutschen Vierten Reichs aus Russland zurückgebracht wurde. Stalinistische Verräter wurden von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt

Scheitern verurteiltes utopisches Experiment gewesen sei, und verkündete die Überlegenheit des kapitalistischen Marktsystems. Die zerfallende KPdSU brachte offen konterrevolutionäre Banden unter der Führung von Boris Jelzin hervor, der bei der Restauration des Kapitalismus als offener Agent des US-Imperialismus handelte.“

Während jede andere linke Tendenz auf dem Planeten vor dem ideologischen Druck des imperialistischen Antikommunismus kapitulierte, führte die IKL einen Kampf zur Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates und der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten. Als die stalinistische Herrschaft von Berlin bis Moskau in ihr Endstadium eintrat, mobilisierten wir unsere Kräfte, um gegen die kapitalistische Konterrevolution und für eine proletarisch-politische Revolution zu kämpfen.

Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 schickte die IKL alle verfügbaren Ressourcen in die DDR, um in die sich entfaltende politische Revolution einzugreifen. Unsere deutsche Sektion initiierte ein Netzwerk von Spartakist-Gruppen in Ostdeutschland und gab die Tageszeitung *Arprekorr* (Arbeiterpressekorrespondenz) heraus mit dem Ziel, das Proletariat zu mobilisieren, um die Kampagne der westdeutschen Imperialisten für einen kapitalistischen Anschluss zu zerschlagen. Auf unsere Propaganda hin begannen sich in der ostdeutschen Armee Soldatenräte zu bilden. Während die herrschende stalinistische Sozialistische Einheitspartei (SED) zusammenbrach und ihre Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in den Fabriken sich aufzulösen begannen, hatten die bewaffneten Betriebskampfgruppen, die zur Ausweitung der bürokratischen Kontrolle in den Betrieben eingerichtet worden waren, das überaus reale Potenzial, zum organisierten politischen und militärischen Zentrum der politischen Revolution zu werden. Angesichts dieser Bedrohung demobilisierte und entwaffnete das SED-Regime Ende Dezember die Betriebskampfgruppen und begann die Armeeeinheiten aufzulösen, in denen Soldatenräte entstanden waren.

Am 3. Januar 1990 gingen bei einer antifaschistischen, prosowjetischen Mobilisierung zum Treptower Ehrenmal in Ostberlin eine Viertelmillion Menschen auf die Straße. Diese Aktion, die von den Spartakisten initiiert und dann

Fortgesetzt auf Seite 20

IG...

Fortsetzung von Seite 19

von der SED aufgegriffen und aufgebaut wurde, war ein Protest gegen die faschistische Schändung eines Denkmals zu Ehren von Soldaten der Roten Armee, die im Kampf gegen die Nazis getötet worden waren. Bei dieser Einheitsfrontdemonstration richteten wir uns an die proletarische Basis der herrschenden SED mit unserem Programm gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung und erhoben die Forderungen „Kein Ausverkauf der DDR! Für ein rotes Rätendeutschland! Für eine leninistisch-egalitäre Partei!“

Die IG zeigt ein Geschick für die Verbreitung von Konfusion – eine typische Unsitte zentristischer Organisationen, die revolutionär in Worten und opportunistisch in Taten sind –, wenn sie in ihrem Artikel vom August 2000 fragt: „Wenn die SED-Stalinisten die Konterrevolution geführt haben, was hatten die Spartakist-Arbeiterpartei und die Spartakist-Gruppen auf der antifaschistischen Mobilisierung vom 3. Januar 1990 zum sowjetischen Kriegsdenkmal als Sprecher dort oben zusammen mit der SED-Führung zu suchen?“ Unsere Genossen taten nichts anderes, als nach dem ABC des Leninismus zu handeln. Wir beteiligten uns an einer Einheitsfrontaktion mit der SED zur Verteidigung des Arbeiterstaates DDR, und in deren Verlauf führten wir einen *politischen Kampf* gegen die SED-Irreführer mit dem Ziel, die proletarische Basis der SED abzuspalten und für die trotzkistische Partei zu gewinnen.

Treptow war der entscheidende Wendepunkt, da sich hier zum ersten Mal die Möglichkeit von organisiertem proletarischem Widerstand gegen die kapitalistische Wiedervereinigung ergab, und zwar durch die Arbeiterbasis der SED (die dazu überging, sich Partei des Demokratischen Sozialismus – PDS – zu nennen). Die Stalinisten verleugneten die Treptower Mobilisierung, als die Imperialisten und ihre westdeutschen sozialdemokratischen Handlanger (SPD) ein lautes Gezeter darüber erhoben, dass die Trotzkisten die SPD als das „Trojanische Pferd“ der Konterrevolution gebrandmarkt hatten. Erschreckt durch das Gespenst der proletarisch-politischen Revolution, die durch Treptow verkörpert wurde, sprachen sich Gorbatschow und die SED-PDS-Führung offen für den kapitalistischen *Anschluss* aus. Das zusammenbrechende stalinistische Regime stimmte zu, die Wahlen in Ostdeutschland vorzuverlegen, die dann im März von den Christdemokraten des westdeutschen Kanzlers Kohl gewonnen wurden, was den entscheidenden Sieg der Konterrevolution markierte.

Wo stand Gorbatschow?

Um ihre revisionistische Behauptung zu untermauern, die Bürokratie stelle keine Kraft der inneren kapitalistischen Konterrevolution dar, wettet die IG gegen unsere angeblich „antimarxistische Behauptung, dass *die stalinistische Bürokratie die Konterrevolution in Osteuropa führte*“. Der August-Artikel der IG behauptet, wir hätten „im Nachhinein die Position verschiedener stalinophober Pseudotrotzkisten übernommen, mit der sie ‚theoretisch‘ rechtfertigen wollen, warum sie sich an die Bourgeoisie und deren direkte Agenten annähern, die tatsächlich die Konterrevolution führten in der DDR (Kohls Christdemokraten und Brandts Sozialdemokraten), in der Sowjetunion (Bushs Mann Jelzin) und in Osteuropa (Solidarność, die polnische gelbe Gewerkschaft für Vatikan und CIA)“.

Bemerkenswerterweise fehlen in dieser Liste Gorbatschow und die SED-PDS, und damit wird deren Verrat von der IG vollständig entschuldigt. Zehn Jahre nach der kapitalistischen Wiedervereinigung äußerte sich Gorbatschow selbst zu seiner zentralen Rolle dabei und hob die Wichtigkeit der Treptower Mobilisierung hervor, als er im

November 1999 vor einem Fernsehpublikum sagte: „Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert, die sich in der DDR entwickelten. Und eine besonders kritische Situation ergab sich im Januar [1990]. Von der Natur der Dinge her lief ein Zerfall der Strukturen. Es gab eine Gefahr – eine Gefahr der Desorganisation, der großen Destabilisierung. Wenn Sie so wollen, fing das am 3. Januar an, und weiter fast jeden Tag.“

Die Rolle der Sowjetbürokratie bei der Konterrevolution in der DDR war entscheidend. Um diese zentrale Tatsache zu verschleiern, fragt die IG in ihrem August-Artikel: „Wenn die Sowjetarmee die Konterrevolution anführte, warum rief die IKL dann nicht zum Abzug der sowjetischen Truppen auf?“ Das ist ebenso dumm wie zynisch. Es war Gorbatschow, der in Ostdeutschland das Sagen hatte. Die sowjetischen Truppen wurden nicht zur Niederschlagung eines Arbeiteraufstandes mobilisiert, sondern wurden im Wesentlichen in den Kasernen gehalten. Als *der* Frontstaat gegen die NATO-Imperialisten hatte Ostdeutschland eine riesige Konzentration sowjetischer Truppen, die dort die beherrschende Militärmacht waren. Als das SED-Regime im Herbst 1989 zusammenbrach, war der Kreml nicht mehr dazu entschlossen, die militärische und damit politische Vorherrschaft der Sowjetunion in der DDR aufrechtzuerhalten. Da Gorbatschow die Auslieferung des ostdeutschen Arbeiterstaates an den westdeutschen Imperialismus befürwortete, befahl er den Abzug der sowjetischen Truppen.

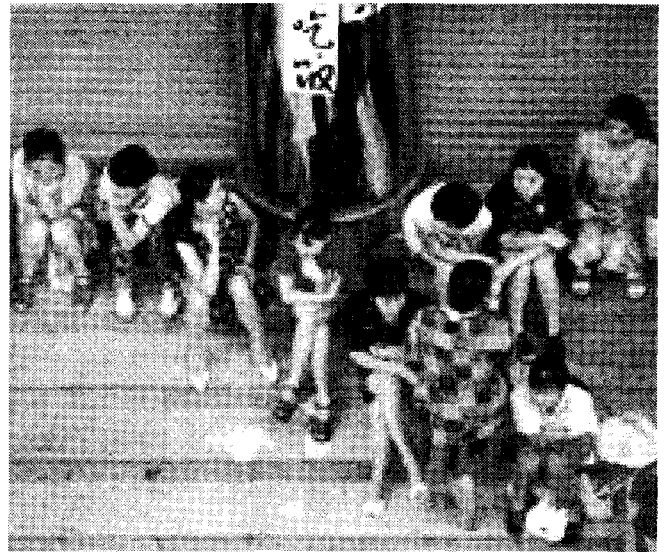
Die IKL kämpfte dafür, sowjetische Soldaten und Offiziere in Ostdeutschland für den Kampf um eine proletarisch-politische Revolution in der DDR *und der UdSSR* zu gewinnen, indem sie russischsprachige Grüße an sie herausgab und unsere trotzkistische Propaganda in Kasernen der sowjetischen Armee verteilte. (Für einen ausführlichen Bericht über den Kampf der IKL in Deutschland siehe: „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90“, *Spartakist* Nr. 139, Frühjahr 2000.)

Bei einem weiteren Versuch, den stalinistischen Ausverkäufern ein Alibi zu verschaffen, gibt der IG-Artikel eine Diskussion mit Mitgliedern der Spartacist League/U.S. wider: „Wie konnte die SED die Konterrevolution führen, wollten wir wissen, wenn das gesamte SED-Politbüro von Erich Honecker abwärts in den Gefängnissen des deutschen Vierten Reichs landete?“ Wie konnte Salvador Allende, der sozialistische Präsident von Chile, 1973 während des Militärputsches von General Augusto Pinochet als Leiche enden, wo er doch Pinochet selbst ernannt hatte und Vertrauen in das „konstitutionelle“ Militär predigte? Wir verteidigten diejenigen Elemente der ehemaligen ostdeutschen stalinistischen Bürokratie, die vom wieder vereinigten Vierten Reich des deutschen Imperialismus zur Zielscheibe der konterrevolutionären „Justiz“ gemacht wurden, aber ohne damit ihren Klassenverrat politisch zu decken, wie die IG es tut. Einige (aber nicht alle) der stalinistischen Führungsspitzen zahlten einen Preis für ihre Illusionen in die kapitalistische „Demokratie“. Wie wir deutlich machten, wurden diese Verräter von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt.

In seiner Autobiographie *Man Without a Face* (1997) [in Deutsch überarbeitet als *Spionagechef im geheimen Krieg*] greift der ehemalige DDR-Meisterspion Markus Wolf, selbst ein ehemaliger Gorbatschow-Anhänger, Gorbatschow dafür an, dass er sich geweigert hatte, Straffreiheit für Wolf und andere DDR-Führer zu verlangen, als er mit Westdeutschlands Herrschern die Bedingungen für den Anschluss aushandelte: „Seine oberste Sorge galt nun der Aufrechterhaltung seines strahlenden Images im Westen, nachdem er passenderweise vergessen hatte, dass auch er einst Kommunist gewesen war. Die Westdeutschen waren



Reuters



Ming Bao

Links: Chinesische Beamte mit Managern von Pratt&Whitney beim Spatenstich für kapitalistische Firma in Chengdu. Rechts: Arbeiterinnen in Provinz Hubei protestieren gegen Entlassungen. „Marktrefor-men“ unterminieren kollektivierte Grundlagen des deformierten Arbeiterstaats China, lösen Welle von Arbeiterkämpfen aus

bereit, über eine Immunität für diejenigen, die für Ostdeutschland gearbeitet hatten, mit sich reden zu lassen, aber als bei dem Treffen die Frage kurz zur Sprache kam, winkte Gorbatschow ab und gab Kohl zu verstehen, dass die Deutschen dieses Problem selbst vernünftig regeln würden. Es war der endgültige Verrat der Sowjets an ihren ostdeutschen Freunden, deren Arbeit mehr als vier Jahrzehnte lang den sowjetischen Einfluss in Europa gestärkt hatte.“

Stalinismus: Avantgarde der Konterrevolution in Spanien

Das 1992 auf der II. Internationalen Konferenz der IKL angenommene Hauptdokument fasste unsere Intervention in die ostdeutschen Ereignisse zusammen und erklärte:

„Doch wie später Treptow zeigte, standen wir von Anfang an in einem politischen Kampf mit dem abdankenden stalinistischen Regime über die Zukunft der DDR. Während wir eine Regierung von Arbeiterräten forderten, handelten die Stalinisten bewusst, um einen Arbeiteraufstand dadurch zu verhindern, dass sie alle Armee-Einheiten demobilisierten, die auf unsere frühe Propaganda hin Soldatenräte gebildet hatten. Obwohl geprägt durch das Missverhältnis von Kräften, gab es eigentlich einen Wettstreit zwischen dem IKL-Programm der politischen Revolution und dem stalinistischen Programm von Kapitulation und Konterrevolution.“ („Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!“; *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 15, Frühjahr 1993)

Norden & Co. stimmten für diese Einschätzung, als sie noch Mitglieder unserer Partei waren. Aber unter dem ideologischen Druck, den die kapitalistische Restauration erzeugte, ließ sich Norden immer mehr von dem opportunistischen Appetit leiten, sich an sozialdemokratische Überbleibsel der ostdeutschen stalinistischen Bürokratie anzupassen. Diese Anpassung kam auf eklatante Weise öffentlich zum Ausdruck, als er im Januar 1995 an der Berliner Humboldt-Universität eine Rede hielt, die sich an Mitglieder der Kommunistischen Plattform (KPF) in der PDS richtete, die bei Wahlen dazugewonnen hatte.

Weil die KPF damals vom Ausschluss aus der PDS bedroht war, glaubte Norden, sie sei reif für eine „revolutionäre Umgruppierung“. Um diesen abgehalfterten Stalinisten entgegenzukommen, leugnete Norden die Rolle der IKL als der bewussten Avantgarde in den deutschen Ereignissen von 1989/90 und wiederholte wie einen Refrain, „es fehlte gerade das Schlüsselement, die revolutionäre Führung“.

Er bezeichnete die stalinistische Führung als „paralysiert“ und behauptete, dass „eine *proletarische politische Revolution* notwendig [war], was *niemand* in der SED-Obrigkeit, und auch nicht bei den kritischen Strömungen unter den Parteikadern, sich damals auch nur vorstellen konnte“. Die SED-Obrigkeit war alles andere als paralysiert, sondern tat alles, was in ihrer Macht stand, um einen proletarischen Aufstand zu verhindern – von dem sie wusste, dass er sich gegen sie richten würde. (Diese Rede wurde veröffentlicht in *Spartakist* Nr. 117, März/April 1995 und später nachgedruckt in unserem allgemein zugänglichen *Diskussionsbulletin* Nr. 25, „Nordens ‚Gruppe‘: Verschämter Abschied vom Trotzkiismus“, August 1996, wo der Kampf gegen Nordens revisionistischen Kurs dokumentiert ist.)

Unter Beschwörung der „antifaschistischen“ Referenzen der Stalinisten erklärte Norden seiner Zuhörerschaft, dass „die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg nur begrenzt Munition [schickte], weil sie der Blockade der imperialistischen ‚Demokratien‘ nicht direkt entgegenzutreten wollte“. Dies ist eine eklatante Schönfärberei von Stalins Rolle, als dieser die Spanische Revolution Ende der 30er-Jahre erdrosselte und Francos faschistischer Falange den Sieg überließ. Der stalinistische Apparat machte international mobil, um Trotzlisten, linksgerichtete Anarchisten und militante Arbeiter in Spanien im Dienste der kapitalistischen Volksfrontregierung zu unterdrücken und zu erschließen. In seinem Artikel „Klasse, Partei und Führung“ schrieb Trotzki 1940 über die Stalinisten in Spanien: „Sie waren die kämpfende Avantgarde der bürgerlich-republikanischen Konterrevolution“ (*Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931–39*, [1976]. Mit anderen Worten, sie waren die *Führer* der Konterrevolution (wie Norden & Co. vermutlich wissen, ist das die Bedeutung von „Avantgarde“).

Der Doppelcharakter der stalinistischen Bürokratie

Als Begründung für seine Orientierung auf die KPF sprach Norden später im gleichen Jahr auf einer Sitzung des Internationalen Sekretariats der IKL von den „Bindungen“ der Stalinisten zum Arbeiterstaat und behauptete: „Gerade diese Bindungen bieten uns manche der Möglichkeiten und Widersprüche, die wir ausnutzen müssen, zum Beispiel bei der Kommunistischen Plattform“. Norden sprach hier von „Bindungen“ zu einem Arbeiterstaat – wie die Bindungen einer Stechmücke zu einem verlorenen Wirt –, der fünf

Fortgesetzt auf Seite 22

IG...

Fortsetzung von Seite 21

Jahre zuvor mit Hilfe der KPF-Stalinisten zerstört worden war!

Dieser Begriff von „Bindungen“ ist eine völlige Revision des Trotzismus. Trotzki erklärte, dass die stalinistische Bürokratie keine besitzende *Klasse*, sondern eine parasitäre *Kaste* ist. Während sich diese kleinbürgerliche Schicht auf die proletarischen Eigentumsformen stützte und von diesen ihre Privilegien herleitete, wirkte sie gleichzeitig als Transmissionsriemen für den Druck des vom Imperialismus dominierten Weltmarktes auf den Arbeiterstaat und war der Verteidigung der kollektivierte Wirtschaft nicht unwiderruflich verpflichtet. In *Verratene Revolution* schrieb Trotzki: „Da die Bürokratie von allen Schichten der Sowjetgesellschaft ihre eigene soziale Frage am besten gelöst hat und mit dem Bestehenden vollauf zufrieden ist, bietet sie keinerlei subjektive Garantien mehr für eine sozialistische Ausrichtung ihrer Politik. Sie verteidigt das Staatseigentum nur in dem Maße, in dem sie das Proletariat fürchtet.“

Die IG stellt Trotzkis materialistisches Verständnis vom widersprüchlichen Charakter der Bürokratie auf den Kopf und behauptet, dass die stalinistischen Regime der Verteidigung der proletarischen Eigentumsformen verpflichtet seien – eine Vorstellung, die durch die Ereignisse von 1989–92 selbst eindeutig widerlegt wurde. Beim Versuch, Trotzki zur Stützung ihres antitrotzkistischen Arguments zu benutzen, zitiert die IG in ihrem Web-Artikel vom August aus dem Artikel „Der Klassencharakter des Sowjetstaats“ von 1933, der feststellt: „Die Bürokratie ist untrennbar mit einer wirtschaftlich herrschenden Klasse verbunden“ – d. h. mit dem Proletariat –, und fortfährt:

„Ob wir die Variante des weiteren Fortschritts der UdSSR oder aber die Variante ihres Zusammenbruchs nehmen: die Bürokratie erweist sich in keinem Fall als selbständige Klasse, sondern als eine Wucherung am Proletariat. Ein Tumor kann enorme Ausmaße annehmen und sogar den lebendigen Organismus erdrosseln, aber aus einem Tumor kann nie ein selbständiger Organismus werden.“

Aber hier widerlegt Trotzki die IG völlig: Es war der bürokratische „Tumor“, der den sowjetischen Arbeiterstaat *erdrosselte* nach jahrzehntelanger Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Imperialismus.

Die IG fährt fort, Trotzkis Beschreibung der Doppelrolle des stalinistischen Apparats zu zitieren: Dieser „verteidigt ... die proletarische Diktatur mit seinen eigenen Methoden; doch diese Methoden erleichtern einen *künftigen* Sieg des Feindes. Wer diese Doppelrolle des Stalinismus in der UdSSR nicht begriffen hat, der hat nichts begriffen.“ Genau. Als Antwort auf den imperialistischen Kalten Krieg Ende der 40er-Jahre stürzte die Kremlbürokratie in Teilen Osteuropas, die von der Roten Armee nach dem Zweiten Weltkrieg besetzt worden waren, die kapitalistische Herrschaft von oben. In Jugoslawien und ein paar Jahre später in China kam es zu gleichartigen Umwälzungen, als einheimische von Stalinisten geführte Kräfte, die sich auf die Bauernschaft stützten, aus Bürgerkriegen als Sieger hervorgingen, die unter außergewöhnlichen historischen Bedingungen stattfanden, d. h. die Kapitalistenklasse war äußerst schwach und das Proletariat trat nicht selber als Anwärter auf die soziale Macht auf.

Die Umwälzungen in Osteuropa wurden von der Sowjetbürokratie nicht durchgeführt, um die Interessen des internationalen Proletariats durchzusetzen, sondern um die bürokratische Kasten Herrschaft in der UdSSR zu verteidigen angesichts der unversöhnlichen Opposition von Seiten des Weltimperialismus. Um sein Kriegsbündnis mit den

„demokratischen“ Imperialisten aufrechtzuerhalten, befahl Stalin nach dem Krieg die Entwaffnung der revolutionär gesinnten Arbeiterklasse in Italien und erdrosselte die anti-kapitalistische Revolution in Griechenland. Noch 1952 war Stalin bereit, die DDR zu opfern, indem er die Aussicht auf ein „neutrales“ wiedervereinigtes Deutschland anbot, um die von den USA geführten NATO-Mächte zu beschwichtigen. 1955 befahl der Kreml den Abzug der sowjetischen Truppen aus Österreich in dem vergeblichen Bemühen, sich bei den Imperialisten einzuschmeicheln.

Die militärische Verteidigung der degenerierten bzw. deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus, die von dem Verständnis ausgeht, dass die kollektivierte Eigentumsformen die soziale Grundlage für eine Weiterentwicklung zum Sozialismus darstellen, ist ein entscheidender Bestandteil des Programms der sozialistischen Weltrevolution. Das bedeutet nicht, den Stalinisten, deren Klassenzusammenarbeit und Versöhnertum gegenüber dem Imperialismus zur Entwaffnung der Kräfte der Arbeiterrevolution führen, irgendeine politische Unterstützung zu geben – ganz im Gegenteil. Um es klar zu sagen, eine derartige politische Unterstützung ist ein Verrat an der proletarischen Weltrevolution. Genau diesen entscheidenden Unterschied zwischen militärischer Verteidigung und politischer Unterstützung verkleistert die IG.

Wir begrüßten den Einmarsch der sowjetischen Armee in Afghanistan 1979 und unterstützten militärisch die Unterdrückung von Solidarnośćs konterrevolutionärem Griff zur Macht durch die polnische Bürokratie zwei Jahre später. Die sowjetischen Truppen, die nach Afghanistan gingen, waren davon überzeugt, dass sie ihre internationalistische Pflicht erfüllen. Da diese Intervention gegen den Grundgedanken vom „Sozialismus in einem Land“ verstieß, stellte sie einen möglichen Hebel für eine politische Revolution zum Sturz der nationalistischen Moskauer Bürokratie dar. Gleichzeitig warnten wir von Anfang an, dass die stalinistische Bürokratie vollkommen dazu imstande sei, mit den Imperialisten einen Deal zu machen und aus Afghanistan abzuziehen. Und in Polen verurteilten wir das stalinistische Regime scharf dafür, dass es einen Teil der Arbeiterklasse in die Arme der antisowjetischen klerikalen Reaktion getrieben hatte, und betonten so die Notwendigkeit einer proletarisch-politischen Revolution.

Marxistische Klarheit kontra zentristische Konfusion

Die Beschwörungsformel der IG, dass die Stalinisten nicht „die Konterrevolution führen“ können, da sie eine Kaste darstellen und nicht eine Klasse, ist eine politische Amnestie für diese verräterischen Ausverkäufer. In Deutschland gab es eine mächtige Imperialistenklasse im Westen; im Falle Chinas existiert eine auswärtige Bourgeoisie als herrschende Klasse auf Abruf; aber in der UdSSR gab es *keine* Kapitalistenklasse. Es ist eine verlogene Schutzbehauptung zu Gunsten der Stalinisten, wenn man, wie die IG in ihrem Artikel von 1998, sagt: „Es war Washingtons Mann Jelzin gewesen, in ständigem Kontakt zu US-Präsident Bush und an der Spitze von Elementen, die sich von der stalinistischen Bürokratie abgespalten hatten, der im August 1991 die Macht ergriff und daran ging, die Sowjetunion zu zerstören.“ Zu sagen, dass sich Jelzin „von der Bürokratie abgespalten“ habe, heißt die Tatsache zu unterschlagen, dass in dieser Periode die Bürokratie als Ganzes einen endgültigen Zusammenbruch durchging. Jelzin war noch immer ein Führer der zerfledderten Kommunistischen Partei, als er im Mai 1990 zum Chef der Russischen Föderation wurde.

Tatsächlich waren noch 1995 über 75 Prozent der Führer der nationalen Regierung und der Regionalregierungen des

kapitalistischen Russlands ehemalige Mitglieder der sowjetischen Nomenklatura (herrschende Schicht) und 61 Prozent der neuen herrschenden Klasse von Mafia-Kapitalisten kommen ursprünglich aus dieser Schicht. In mehreren osteuropäischen Ländern, insbesondere Albanien, Bulgarien und Rumänien, wurde die kapitalistische Restauration unter der Führung der verschiedenen Kommunistischen Parteien durchgeführt, ohne „Marktrefor-men“ und ohne irgendeine unmittelbare militärische Bedrohung durch den Imperialismus.

In China führt heute die Bürokratie die Kampagne zur Restauration des Kapitalismus, soweit sie marktorientierte „Reformen“, die Beschwichtigung des Imperialismus und die Unterdrückung von Arbeiterkämpfen vorantreibt. Führende Elemente der Bürokratie und ihre Nachkommen sind Partnerschaften mit amerikanischem, japanischem und europäischem Kapital eingegangen oder mit der chinesischen Bourgeoisie, die durch die Revolution von 1949 nicht als Klasse zerschlagen worden war, sondern ihren Zusammenhalt durch die Flucht vom Festland bewahren konnte. Gleichzeitig besteht ein entscheidender Unterschied zwischen der Vorbereitung der Konterrevolution und der Tat selbst. In diesem Sinn ist das Beijinger Regime nicht der Restauration des Kapitalismus verpflichtet und Teile des Regimes mögen vor den Konsequenzen zurückschrecken, besonders aus Furcht vor Verwüstungen, wie sie in der ehemaligen Industrie- und Militärmacht Sowjetunion ange-richtet wurden, und in manchen Fällen auch aus echter Sorge über die gegenwärtige und zukünftige Not der Arbeiter und Bauern.

In Kuba hält das Castro-Regime unter dem unerbittlichen Druck aus Washington, einschließlich des amerikanischen Wirtschaftsembargos, zumindest verbal an einer Opposition gegen den US-Imperialismus fest. Gleichzeitig haben die kubanischen Stalinisten, denen die lebenswichtige Wirtschaftsverbindung fehlt, die früher zur Sowjetunion bestand, einige Maßnahmen der „freien Marktwirtschaft“ ergriffen und bedeutende wachsende Investitionen kanadischer und westeuropäischer Unternehmen, insbesondere in der Tourismusindustrie, ermutigt. 1993 legalisierten sie auch den Gebrauch des amerikanischen Dollars und erlaubten damit im Grunde die Schaffung einer parallelen Dollarwirtschaft – eine riesige Konzession an die konterrevolutionären Kräfte. Doch in einem Bericht über einen Kubabesuch kurz nach der Einführung dieser Maßnahme prahlten Norden und seine Lebensgefährtin Stamberg: „Die Kubanische Revolution wird es schaffen.“ Diese alberne Behauptung nimmt derart gefährliche Maßnahmen auf die leichte Schulter und kann nur Illusionen in den „Sozialismus in einem Land“ verstärken; damit wird verschleiert, dass es entschei-

dend darauf ankommt, die Verteidigung Kubas mit dem Kampf für die proletarische Revolution in der „Höhle des Löwen“ des US-Imperialismus zu verbinden.

Die Ungarische Revolution von 1956

Bei einer der internen IKL-Diskussionen 1995 über Deutschland behauptete Norden, wir hätten in der DDR 1989/90 nach einer „Reiss-Fraktion“ gesucht. Er meinte damit Leute wie Ignaz Reiss (Poretski), ein polnischer Kommunist, der einen hohen Rang im sowjetischen Geheimdienstapparat innehatte. Da sich Reiss Ende der 30er-Jahre öffentlich zu Trotzki's Kampf gegen die stalinistische Bürokratie bekannte, verkörperte er die Möglichkeit einer kommunistischen Opposition zu Stalin innerhalb der Kader des Sowjetstaates. In einem Dokument vom November 1995 mit dem Titel „Eine Antwort auf die deutsche Frage“ schrieb Norden: „Ich warf die ‚Reiss-Fraktion‘ auf – unter Hinweis auf den von Trotzki gemachten Punkt, dass sich die Bürokratie aufgrund ihres Doppelcharakters unter der Wucht einer politischen Revolution spalten wird –, um hervorzuheben, insbesondere hinsichtlich der Kommunistischen Plattform, dass *es keinen solchen Teil der Bürokratie in der DDR gab.*“ Norden fuhr fort: „Aber die Frage, ob es eine ‚Reiss-Fraktion‘ gab, war nicht eine Art von mir erfundenes irrelevantes oder abweichlerisches Thema. Wir haben die Partei der ostdeutschen Bürokratie, die SED, nicht ignoriert und alle ihre Mitglieder in einen Topf geworfen.“

Demnach jagte die IKL angeblich einer „Reiss-Fraktion“ hinterher, nur um dann mit leeren Händen dazustehen. Das mag Nordens Idee in Deutschland gewesen sein, aber nicht die der IKL. Wie Genosse Joseph Seymour in einem internen Dokument vom Dezember 1995, „Über Trotzki's Konzept einer ‚Reiss-Fraktion‘ in der sowjetischen Bürokratie“ (abgedruckt in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000) erklärte, verkörperte Ignaz Reiss einen Teil der Sowjetbürokratie in den 30er-Jahren, der über Erfahrungen in der revolutionären Bewegung vor 1917 verfügte und sich in den 20er-Jahren an der trotzkistischen oder einer anderen Opposition zur Stalin-Fraktion beteiligt hatte. Für Trotzki bedeutete „eine Reiss-Fraktion ... eine wirkliche kommunistische Opposition, bestehend aus kampferprobten Kadern, die die Prinzipien des Bolschewismus verstanden und befolgten. In diesem Sinne konnte es das Potenzial für eine Reiss-Fraktion nur in der Sowjetunion der 30er-Jahre geben. Es ist *kein* überhistorisches Konzept, das man zu allen Zeiten und allerorts auf alle stalinistischen Bürokratien anwenden kann. Es gibt heute keinen chinesischen Ignaz Reiss in Beijing und auch keinen kubanischen Ignaz Reiss in Havanna. Es gibt konfuse linke Stalinisten, ja, aber

Fortgesetzt auf Seite 24



Der Spiegel

Militäroffizier Pál Maléter (links) stellte sich auf Seite der prosozialistischen aufständischen Arbeiter in der Ungarischen Revolution 1956. Demonstranten mit ungarischer Fahne, aus der das Symbol für Kommunismus ausgeschnitten wurde. Eine trotzkistische Führung, die gegen nationalistische und parlamentarische Illusionen kämpft, war notwendig, um Arbeiterräte an die Macht zu führen



John Sadovy

IG...

Fortsetzung von Seite 23

keine hochrangigen Funktionäre, die *unser* kommunistisches Programm teilen.“

Gerade deshalb, weil die IG in solchen konfusen linken Stalinisten ein Instrument zur politischen Revolution sieht, „versuchen [sie], wo es möglich ist, Teile der Bürokratie abzuspalten“. Diese Aussage in ihrem Artikel von 1998 geht dann weiter: „Dies geschah z. B. in Ungarn 1956, wo der Chef der Armee (Pál Maléter) und der Chef der Budapester Polizei (Sándor Kopácsi) auf die Seite der Aufständischen übergingen.“ Die Passage schildert auch eine ähnliche Entwicklung während des Tiananmen-Auftritts in China 1989 – der zu einer beginnenden politischen Revolution führte –, als sich Armeeeinheiten anfangs weigerten, die Massenproteste in Beijing niederzuschlagen.

Die stalinistische Bürokratie in Ungarn brach unter der Wucht der politischen Arbeiterrevolution auseinander. Die Ereignisse in Ungarn und am Tiananmen-Platz zeigen die Heterogenität der bürokratischen Kaste, die in Krisenzeiten



Chiles sozialistischer Präsident Salvador Allende, September 1973, als Volksfrontregierung durch Militärputsch gestürzt wird. In Allendes Regierung aufgenommene „konstitutionelle“ Offiziere massakrierten danach zehntausende Arbeiter und Linke

zerbrechen kann, da sie keine Klassenbasis hat. Aber diejenigen Elemente der Bürokratie, die sich auf die Seite der Arbeiter stellten, vertraten deswegen noch lange nicht das trotzkistische Programm. Pál Maléter und Sándor Kopácsi waren heldenhafte Personen, die als kommunistische Partisanen im Zweiten Weltkrieg gegen die Nazi-Besatzungstruppen gekämpft hatten und persönlich gegen eine kapitalistische Restauration waren. Sie blieben dennoch innerhalb des Rahmens des stalinistischen Nationalismus und der „friedlichen Koexistenz“ mit der imperialistischen Weltordnung.

So diente Maléter als Verteidigungsminister in der Regierung des „liberalen“ stalinistischen Reformers Imre Nagy, der durch die Revolution an die Macht katapultiert worden war und bald durch eine sowjetische Militärintervention, die die Revolution niederschlug, gestürzt wurde. Das Nagy-Regime rief zur Entwaffnung der aufständischen Arbeiter auf, forderte die Vereinten Nationen zur Intervention gegen die drohende militärische Unterdrückung durch die Sowjetunion auf und trat für Parlamentswahlen ein, die bürgerlichen Parteien offen standen. Bei einer Bau-

ernschaft, die sich größtenteils unter dem Einfluss der katholischen Kirche befand und die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung darstellte, hätten „freie Wahlen“ wahrscheinlich zu einer Regierung der kapitalistischen Restauration geführt.

Die ungarischen Arbeiter waren in ihrer Masse prosozialistisch, und die Arbeiterräte, die sich schnell herausbildeten, gingen gegen faschistische Elemente und andere reaktionäre Kräfte vor; gleichzeitig waren viele mit antisowjetischem Nationalismus infiziert und hatten Illusionen in die „westliche Demokratie“. Um ein revolutionäres Regime, gestützt auf die Macht der Arbeiterräte, zu errichten, war die Führung durch eine leninistisch-trotzkistische Partei notwendig, die gegen bürgerlich-demokratische und nationalistische Illusionen unter den Arbeitern gekämpft hätte und gegen diejenigen, die sie verbreiten, einschließlich der „linken“ Stalinisten. Im Laufe eines solchen politischen Kampfes hätte man Leute wie Maléter durchaus für das trotzkistische Programm gewinnen können.

Zweiter Aufguss des Pabloismus

Die Suche der IG nach einem Flügel der stalinistischen Bürokratie, der als Ersatz für eine trotzkistische Führung fungiert, ist eine Rückkehr zum Revisionismus des Internationalen Sekretariats von Michel Pablo in den 50er-Jahren, der zur Zerstörung der trotzkistischen Vierten Internationale geführt hatte. Als Imre Nagys polnisches Gegenstück Wladyslaw Gomulka ein paar Monate später im so genannten „Polnischen Oktober“ an die Macht kam und damit erfolgreich einen Arbeiteraufstand abwendete, begrüßten die Pabloisten „die Führungsrolle, die die Gomulka-Tendenz spielte ... eine zentristische Tendenz, die sich dennoch nach links bewegt“ (*Quatrième Internationale*, Dezember 1956). An der Spitze der stalinistischen Regierung begann der „zentristische“ Gomulka schon bald sein Programm umzusetzen und machte riesige Konzessionen an die bäuerlichen Grundbesitzer und die katholische Kirche; so setzte er diejenigen Kräfte in Gang, die drei Jahrzehnte später zur Konterrevolution von Solidarność führen sollten.

Pablo hatte alle Hoffnung aufgegeben, trotzkistische Parteien in einer „neuen Weltrealität“ aufbauen zu können, wo die von Stalinisten geführten sozialen Umwälzungen in Osteuropa deformierte Arbeiterstaaten hervorgebracht hatten, und so erklärte er, dass die Stalinisten „sich eine annähernd revolutionäre Orientierung geben“ könnten. Die Schlussfolgerung der Pabloisten war, die Notwendigkeit der unabhängigen Mobilisierung des Proletariats unter einer revolutionären Führung aufzugeben; also lösten sie ihre Kräfte in stalinistische und manchmal auch sozialdemokratische Parteien auf mit dem Ziel, diese Reformisten nach links zu drücken. Die Pabloisten fuhren fort, sich in allerlei fremde Klassenformationen aufzulösen, und wurden unausweichlich zu den „demokratischen“ Kräften der kapitalistischen Konterrevolution hingezogen, wo sie das Jubelgeschrei für Solidarność, Jelzin und Konsorten anführten.

Wir haben Norden & Co. zu Recht „Pabloisten des zweiten Aufgusses“ genannt – mit einem wichtigen Unterschied. Während die Pabloisten wenigstens auf erfolgreiche Umstürze der kapitalistischen Ordnung reagierten, gibt die IG den stalinistischen Bürokraten eine Amnestie, die bei historischen Niederlagen der Arbeiterklasse die Führung hatten. Die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa führte weltweit zu einem historischen Rückschritt im politischen Bewusstsein des Proletariats, wenn auch nicht gleichmäßig oder einheitlich. Das zeigt sich in einem Wiederaufleben von kleinbürgerlichem Anarchismus und sogar Mystizismus, besonders bei Jugendlichen. Heutzutage halten selbst die meisten subjektiven Linken die Idee für abwegig, dass eine proletarische Revolution, wie sie von

Lenins bolschewistischer Partei 1917 in Russland erfolgreich durchgeführt wurde, der Schlüssel zur Befreiung der Menschheit ist. Dies schließt massenhafte militante Kämpfe der Arbeiter oder anderer unterdrückter Schichten überhaupt nicht aus. Der einzige Weg, wie der Rückschritt im Bewusstsein überwunden und die Arbeiterklasse zu einer Klasse für sich werden kann, d. h. eine Klasse, die für sozialistische Revolution weltweit kämpft, ist die Wiederschmiedung der trotzkistischen Vierten Internationale als die Führung der Arbeiterklasse, die erneut die Loyalität des Proletariats zum Banner des Marxismus gewinnt.

Wie wir in einem Dokument des Internationalen Exekutivkomitees der IKL einige Monate vor dem Abschied von Norden & Co. geschrieben: „Die Nichtanerkennung der Periode, in der wir uns befinden, und der erforderlichen Beziehung unserer kleinen revolutionären Avantgarde zum Proletariat sowie das Fehlen der Sowjetunion als eines aktiven und bestimmenden Faktors in der Politik haben zur Desorientierung und zum Bedürfnis geführt, fremden politischen Programmen und Klassenkräften zu folgen“ (abgedruckt in „Nordens ‚Gruppe‘: Verschämter Abschied vom Trotzismus“).

Genau das passierte den Norden-Leuten, die sich weigerten, die Lehren aus diesen Niederlagen zu ziehen, und sich auf einen opportunistischen Kurs begaben mit der Verbreitung der Illusion, dass ausgerechnet die PDS, die die DDR ausverkauft hatte, einen „Massenwiderstand“ gegen die verheerenden Folgen vom Anschluss führen würde. Nordens Fantasie vom „Massenwiderstand“ unmittelbar nach einer Konterrevolution leugnete den entscheidenden Faktor des *Bewusstseins*, das nur eine leninistische Avantgarde hineinragen kann. Voll unter dem Eindruck der kapitalistischen Konterrevolution, flohen diese Elemente aus der

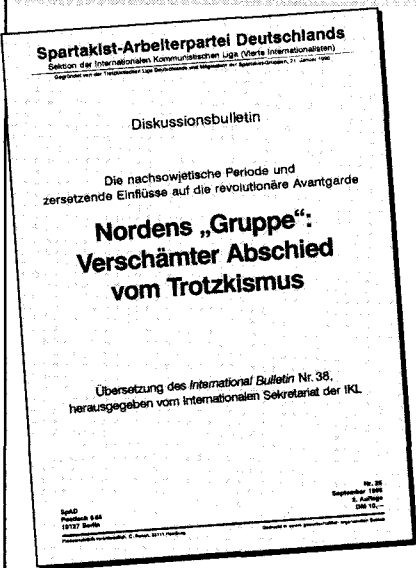
IKL und vor dem Kampf, eine weltweite trotzkistische Avantgardepartei aufzubauen.

Wieder geboren als die IG, strebten sie stattdessen einen Block mit allen möglichen antiproletarischen, antirevolutionären Kräften an, von lateinamerikanischen Nationalisten bis zu Gewerkschaftsoportunisten in Brasilien und den USA. Bei jedem Schritt haben wir ihre opportunistischen Kapitulationen entlarvt und dokumentiert (siehe zum Beispiel „Für das Recht auf Unabhängigkeit für Puerto Rico!“, *Spartakist* Nr. 135, Frühjahr 1999; „Lies, Damned Lies and Anti-Union Lawsuits: IG's Brazil Fraud Exposed“ [Lügen, verdammte Lügen und gewerkschaftsfeindliche Prozesse: IGs Brasilien-Schwindel aufgedeckt], *Workers Vanguard* Nr. 669, 30. Mai 1997; und „Labor Opportunism, the Democratic Party and the Defense of Mumia Abu-Jamal“ [Gewerkschaftsoportunismus, die Demokratische Partei und die Verteidigung von Mumia Abu-Jamal], *Workers Vanguard* Nr. 714, 28. Mai 1999).

Der Logik seines antimarxistischen Kurses folgend, wurde Michel Pablo Anfang der 60er-Jahre ein offizieller Berater des „linken“ bürgerlich-nationalistischen Regimes von Ben Bella in Algerien, und in dieser Funktion diente er als Experte für die Unterordnung militanter Arbeiterkomitees unter die Regierung. Nachdem Norden und seine Clique das trotzkistische Programm und eine proletarische Orientierung aufgegeben und sich allen möglichen Opportunisten und Irreführern als inoffizielle Berater angeboten haben, wären sie zweifellos genauso bereit, einigen ziemlich widerwärtigen Typen als Vordenker zu dienen. Die Möglichkeiten sind weit offen, solange die minimale Norm, Antimarxist zu sein, erfüllt ist.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 746, 17. November 2000

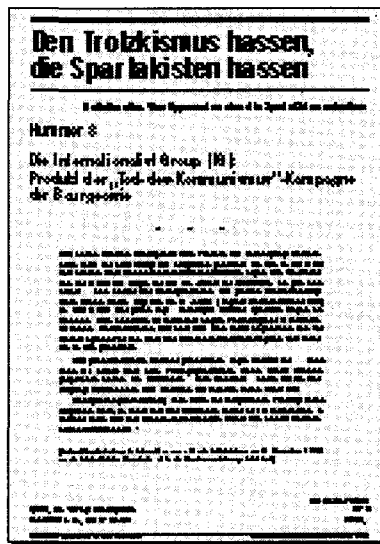
IKL-Bulletins zur Internationalist Group



SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25
Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38

Das Bulletin enthält Dokumente zu Diskussionen und Debatten, die 1996 innerhalb der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) stattgefunden haben.

DM 10,-

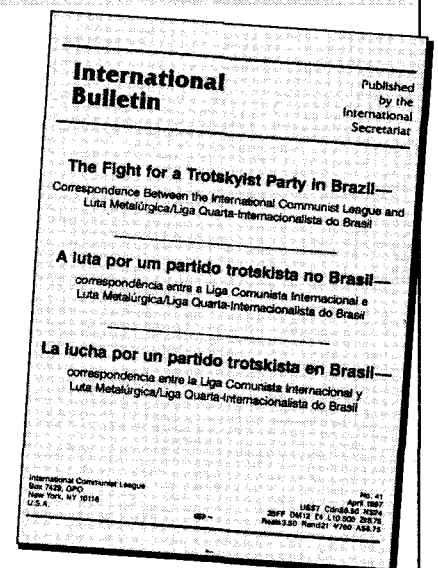


Den Trotzismus hassen,
die Spartakisten hassen Nr. 3

Die Internationale Kommunistische Liga macht die Polemiken ihrer Opponenten in der Linken zugänglich: „Offener Brief an die SpAD und IKL“ und unsere Antwort: „Die Internationalist Group: Produkt der imperialistischen ‚Neuen Weltordnung‘“

DM 3,-

Zu beziehen über die Kontaktadresse



Der Kampf für eine trotzkistische
Partei in Brasilien

Enthält die Korrespondenz zwischen der Internationalen Kommunistischen Liga und Liga Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (auf englisch, spanisch und portugiesisch)

DM 12,-

Britannien...

Fortsetzung von Seite 7

wagen. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts sah das noch anders aus.“

Das Grundprinzip sexueller Beziehungen sollte gegenseitiges tatsächliches Einverständnis sein, nicht mehr und nicht weniger als eine beiderseitige Übereinkunft und beiderseitiges Verständnis, im Gegensatz zu Zwang. Man könnte sagen, dass ein Mädchen mit elf Jahren zu jung ist, wohingegen ein 14-jähriges Mädchen selbst in der Lage ist zu entscheiden, was sie möchte. Auf jeden Fall ist dies keine Angelegenheit, die der kapitalistische Staat zu entscheiden hat, der die von Natur aus repressive Kleinfamilie mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln aufrechterhält, einschließlich der Erzwingung sexueller Unterdrückung und Angst, mit zahllosen Beispielen wachsenden menschlichen Elends. Wir widersetzen uns vehement staatlichen Eingriffen in sexuelle Aktivitäten und das Privatleben von Menschen: *Staat raus aus dem Schlafzimmer!*

Unsere Auffassung dazu, eine Anwendung elementarer demokratischer Rechte – auch auf die verwundbarsten Teile der Bevölkerung – stammt von dem frühen sowjetischen Arbeiterstaat, der aus der Oktoberrevolution 1917 hervorging. 1923 erklärte Grigori Batkis, Direktor des Moskauer Institutes für Sozialhygiene:

„Die Sowjet-Gesetzgebung baut auf folgenden Prinzipien auf: *Sie erklärt absolute Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft in geschlechtliche Beziehungen, soweit sie Niemandem Schaden bringen und Niemandes Interessen verletzen...* Gegenüber dem Homosexualismus, der Sodomie und irgendwelcher anderer Formen der sexuellen Befriedigung, die von den europäischen Gesetzgebungen als öffentliches Vergehen gegen die Sittlichkeit hingestellt werden, verhält sich die Sowjet-Gesetzgebung genau so wie zu dem sogenannten ‚natürlichen‘ Verkehr. Alle Formen des Verkehrs sind Privatangelegenheit.“ (Dr. G. Batkis, *Die Sexualrevolution in Rußland*, 1925, Hervorhebung im Original)

Für die kapitalistischen Herrscher sind religiöser Obskurantismus, reaktionäre soziale Sitten und die Familie Waffen, um die ideologische Konformität und den Respekt für die „Autorität“ der Institutionen des bürgerlichen Staates zu gewährleisten. Der herausragende Führer der Russischen Revolution Leo Trotzki erklärte 1939:

„Die Zivilisation kann nur durch die sozialistische Revolution gerettet werden. Um diese Umwälzung zu erreichen, braucht das Proletariat seine ganze Stärke, seine ganze Entschlossenheit, seine ganze Kühnheit, Leidenschaft und Härte. Vor allem muss es vollständig frei sein von den Erfindungen wie Religion, ‚Demokratie‘ und überirdischer Moralität – die geistigen Ketten geschmiedet vom Feind, um es zu zähmen und zu versklaven.“ („Moralists and Sycophants“ [Moralisten und Sykophanten])

Für Marxisten sollte es zum ABC gehören, dass die Stärkung des Unterdrückungsapparates des bürgerlichen Staates – ob nun zum vorgeblichen „Schutz der Kinder“, zur „Drogenbekämpfung“ oder wegen irgendwelcher anderen Vorwände – eine Bedrohung von Grundrechten aller Teile der Arbeiterklasse und der Unterdrückten darstellt. Und in der heutigen verrottenden, barbarischen kapitalistischen Gesellschaft sind periodische Anti-Sex-Hexenjagden eine Abdeckung der zermürbenden Armut und der damit einhergehenden Frustration und Gewalt – wovon sich viel in der Familie manifestiert, der zentralen Institution für die Unterdrückung von Frauen und Jugendlichen in der Klassengesellschaft – und eine Ablenkung vom Kampf dagegen. (So

sind die Lebensumstände vieler Frauen und Kinder der Paulsgrove-Siedlung sicherlich miserabel, die Arbeitslosigkeit liegt bei elf Prozent.) Bei dieser Hexenjagd geht es auch darum, Jugendliche zu sexueller Enthaltsamkeit zu zwingen und ihnen Schuldgefühle über Sexualität einzupflanzen.

Gesetze über „Minderjährigkeit“ sind Werkzeuge für alle Arten staatlicher Einmischung in das Leben und für die Kontrolle von Jugendlichen – das reicht vom Alkoholausschank bis zur Geburtenkontrolle. Wir trachten danach, die ökonomische und rechtliche Grundlage der Kleinfamilie zu unterminieren als Teil unseres Kampfes für die sozialistische Revolution. Wir fordern die radikale Senkung der Volljährigkeit, wobei Jugendliche, die nicht länger zu Hause wohnen wollen, kostenlos eine Wohnung, Verpflegung und ein Stipendium erhalten. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Familie *ersetzt* werden kann; wo sexuelle Beziehungen tatsächlich freiwilliger Natur sind, und zwar unter *allen* Individuen, die damit gegenseitig einverstanden sind; wo wir uns von den uns aufgezwungenen deformierenden Schuld- und Schamgefühlen befreien können; wo die Zwänge wirtschaftlicher Notwendigkeit nicht länger gelten, die Familien zum Zusammenhalt zwingen und oft zerbrechen.

Das rührende Vertrauen reformistischer Labour-Anhänger in den bürgerlichen Staat

Action for Solidarity und ihresgleichen suhlen sich in sozialdemokratischer Rückständigkeit und Bigotterie. In ihrer Ausgabe vom 4. August verurteilt diese Zeitung von der Alliance for Workers Liberty (AWL [Allianz für Arbeiterfreiheit]) die Berichterstattung in den Medien, die „ein Klima der Angst schafft und Phantasien fördert, dass Pädophile überall sind“, wobei sie nicht unterscheiden zwischen „Vergewaltigen und Erwürgen“ und Pädophilie. Und natürlich richtet sich die ganze Sorge dieser super-sklavischen Labour-Unterstützer über die „Herrschaft des Mobs“ gegen die „unverantwortliche Haltung“ der Medien; die Rolle der Labour-Regierung wird nicht erwähnt. Die rechtszentristische Gruppe Workers Power [in Deutschland Gruppe Arbeitermacht – GAM] leistete ihren eigenen Beitrag zur letzten großen Welle von Bürgerwehrterror, als sie aufrief zu „Kindertribunalen, bei denen erwachsene Fachleute (Anwälte, Kinderpsychologen usw.) eingesetzt werden können, die gebildet und kontrolliert werden durch demokratisch gewählte Vertreter von Schulen, Sozialeinrichtungen und Besserungsanstalten“ (*Workers Power*, Juni 1998). Dies ist ein (hirnverbranntes) Programm, um bürgerliche „Justiz“ effektiver zu machen. Es kann keine vom kapitalistischen Staat durchgeführte rationale oder gerechte Politik zu komplexen Fragen wie Sex oder Sexualität geben.

Die Socialist Workers Party (SWP [in Deutschland Linksruck]), die Labour bei den letzten Parlamentswahlen unterstützte, wie sie es ständig tut, schrieb im *Socialist Worker* (19. August):

„Die Hexenjagd wurde in einer Zeitung begonnen von Rebekah Wade, hoch bezahlte Herausgeberin der *News of the World* und gern gesehener Gast in der Downing Street.

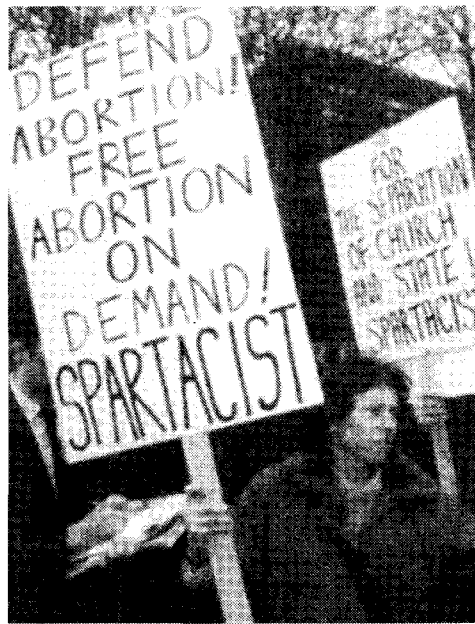
Diese Hexenjagd folgte der Hexenjagd gegen Flüchtlinge, zu der William Hague und Ann Widdecombe von den Teesalons des Parlaments aus anstachelten, und der Hexenjagd gegen Schwule wegen Artikel 28 – unterstützt von den Bischöfen im House of Lords.“

Was stimmt nicht an dieser Darstellung? Die rassistischen Angriffe auf Flüchtlinge und Immigranten *kommen in erster Linie aus den Büros der Labour-Regierung*. Das Gleiche gilt für die Hexenjagd gegen „Pädophile“.

Dieser Reinwaschung der Blair-Regierung fügt Julie Watsons Artikel „The Abuse of Power“ [Der Machtmiss-

brauch] *Socialist Review*, September 2000) einige Ratschläge an Labour hinzu (die angeblich der Reaktion nur „in die Hände gespielt“ und „Zugeständnisse“ gemacht hat). Zwar stellt Watersons Artikel fest, dass „es für die Institutionen des Kapitalismus unmöglich ist, sich den Fragen des Kindesmissbrauchs zu stellen und damit umzugehen“, da die Familie im Kapitalismus eine Schlüsselrolle spielt, doch er ist randvoll mit Ratschlägen. Zum Beispiel erwähnt Waterson lobend die „erweiterte Befehlsgewalt zur Beaufsichtigung, etwas, das Richtern seit 1992 zur Verfügung steht, jedoch selten benutzt wird“. Paul Foot von der SWP ging so weit, dass er sich zu einem prominenten Verteidiger einer massiven Polizeioperation gegen Kinderbetreuer machte, wobei wilde Anschuldigungen erhoben wurden, Kinderheime seien „infiltriert“ worden von „organisierten Gruppen von Pädophilen“, so zum Beispiel in einem Artikel in der *London Review of Books* (4. Juli 1996). Die Sozialistische Partei von Peter Taaffe [in Deutschland Sozialistische Alternative Voran – SAV] jammert über den Umstand, dass „Bewährungs- und Gefängniseinrichtungen in den vergangenen Jahren starke finanzielle Einschränkungen hinnehmen mussten“, und begrüßt von ganzem Herzen die 1997 verordnete „Registrierung“ (*Socialism Today*, September 2000). Sieh derart sklavisch auf den Unterdrückungsapparat des kapitalistischen Staates zu verlassen ist das Wesen des Pro-Labour-Reformismus.

Das vom britischen Staat aufrechterhaltene System von „Recht und Ordnung“ – ob nun verwaltet durch eine Labour-Regierung oder nicht – ist brutal, rassistisch und richtet sich gegen Frauen, gegen Schwule, gegen Jugendliche und gegen die Arbeiterklasse. Vom Verbot von *Lady Chatterley* bis zum Prozess gegen Oscar Wilde [1895 wegen „Sodomie“ verurteilt] besteht das Erbe dieses Staates aus einer tief sitzenden Feindschaft und Unterdrückung von jeder Infragestellung des erstickenden „Sitten“kodex, der den arbeitenden Massen aufgezwungen wird (und in geringerem Maße, um es mal zu untertreiben, den Sprösslingen der herrschenden Klasse). Vor nicht all zu vielen Jahren wurden Schüler regelmäßig mit dem Stock geschlagen und Waisenkinder von den frommen Vertretern des „Herrn“ auf Erden gefoltert. Heute können viele Jugendliche, auf den Misthaufen der Arbeitslosigkeit geworfen und ohne Ausbildung, langjährige Haftstrafen in heruntergekommenen Gefängnislöchern erwarten. Das ist die Realität des kapitalistischen Britanniens, die Genossen von der Spartacus Youth Group ändern wollen durch den Aufbau kommunistischer Jugendorganisationen als Transmissionsriemen einer revolutionären proletarischen Partei, die nichts weniger als der Zerstörung des gesamten Profitsystems und der Errichtung der Arbeitermacht verpflichtet ist. Zweifellos werden, wie Isaac Deutscher einmal bemerkte, die Tragödien von Sex und Tod den sozialistischen Menschen weiter verfolgen. Aber zumindest werden zukünftige Generationen im



Ms London



Spartakist

Spartakisten kämpfen für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution und sind gegen jede Einmischung des Staates in sexuelle Aktivitäten, die auf gegenseitigem Einverständnis beruhen

Sozialismus besser in der Lage sein mit ihnen umzugehen, ohne die Notwendigkeit, uralte Unterdrückung aufrechterhalten zu müssen. Wir behaupten nicht zu wissen, wie zukünftige Generationen uns beurteilen werden, vermutlich als Barbaren, aber wir hoffen, auch mit großem Erbarmen. Wie wir in *Women and Revolution* (Nr. 43, Winter 1993/Frühjahr 1994) schrieben, der Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.:

„Wirklich freie und gleiche Beziehungen zwischen Menschen in allen Bereichen zu schaffen, einschließlich der Sexualität, verlangt nichts weniger als die Zerstörung dieses Klassensystems und die Schaffung einer kommunistischen Welt. In einer klassenlosen Gesellschaft werden die sozialen und ökonomischen Zwänge hinsichtlich sexueller Beziehungen nicht vorhanden sein, und in den Worten von Friedrich Engels: ‚Dann bleibt eben kein andres Motiv mehr als die gegenseitige Zuneigung.‘“ ■

Für eine ausführlichere Behandlung der Fragen von Sex und kapitalistischer Gesellschaft, wie sie im obigen Artikel aufgeworfen werden, weisen wir unsere Leser auf die englischsprachigen Artikel „Something About Incest“ und „The Uses of Abuse“ in *Women and Revolution* Nr. 28 und 29, Frühjahr 1984 und Frühjahr 1985 hin.

Zu beziehen über die Kontaktadresse

SPD/Grüne rüsten...

Fortsetzung von Seite 15

der Staat in „demokratische“ Formen hüllt, es bleibt doch immer die Diktatur der Bourgeoisie, die, wie Lenin Marx zitiert, es der Bevölkerung erlaubt, „einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll“ (*Staat und Revolution*). Die Frage der Armee kann nie getrennt werden von dem Staat, dessen Bestandteil sie ist. Jeder Staat mit seinen „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“ (Engels) – Armee, Polizei, Gefängniswesen – existiert ausschließlich, um ein bestimmtes soziales System zu verteidigen, die Herrschaft einer Klasse über eine andere. Ob Berufs- oder Wehrpflichtigenarmee: Beides ist die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat – für Krieg sowohl nach außen als auch gegen das Proletariat nach innen.

Dabei gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen Bullen und den einfachen Soldaten der Armee. Bullen sind diejenigen, die als bewusst gewählten Beruf direkt auf der Straße tagtäglich die rassistische Herrschaft der Kapitalisten und ihres Staates verteidigen. Ihr Job sind tagtägliche Deportationen, Verhaftungen, Streikbruch, Arbeiter zu verprügeln. Bullen sind kein Teil der Arbeiterbewegung, sondern ihr tödlicher Feind. Trotzki erklärte: „Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter“ (*Was nun?*, 1932). Wir fordern: **Bullen raus aus dem DGB!**

Der bürgerliche Staat kann nicht reformiert werden, damit er den Interessen der Arbeiterklasse dient. Er muss zerschlagen werden. Nur die Arbeiterklasse hat die soziale Macht und das Interesse, das System der Ausbeutung und damit die Basis für Kriege zu zerschlagen; sie muss in ihrem eigenen Namen unabhängig organisiert werden. Trotzki betonte: „Kampf gegen den Krieg setzt eine revolutionäre Kampfwaffe voraus, d. h. die *Partei*“ („Krieg und die Vierte

Internationale“). Wir kämpfen dafür, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen als Teil unserer Internationale, deren Zweck es ist, die Arbeiterklasse durch sozialistische Revolutionen auf der ganzen Welt zum Sieg zu führen.

Die Arbeiter haben kein Vaterland: Sie haben nichts gemeinsam mit ihren „eigenen“ Ausbeutern, aber alles mit ihren Klassenbrüdern und -schwestern in den anderen Ländern der Erde. Das ist, was Karl Liebknecht meinte, als er im Schlachthaus des Ersten Weltkriegs darauf drang, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ und „Burgkrieg, nicht Burgfriede!“

In dieser Tradition leisteten französische Trotzlisten während der Nazibesetzung im Zweiten Weltkrieg eine heroische Arbeit. Sie bauten in Brest eine Zelle in der Wehrmacht auf und veröffentlichten die Zeitung *Arbeiter und Soldat*. Die Ausgabe vom Juli 1944 rief dazu auf: „Im Wege von Karl Liebknecht gegen den imperialistischen Krieg“.

Trotzki betonte im *Übergangsprogramm*:

„Die Bourgeoisie und ihre Agenten benutzen die Kriegsfrage mehr als irgendeine andere dazu, das Volk durch Abstraktionen, Gemeinplätze und pathetische Phrasen zu betrügen: ‚Neutralität‘, ‚kollektive Sicherheit‘, ‚Bewaffnung für die Verteidigung des Friedens‘, ‚nationale Verteidigung‘, ‚Kampf gegen den Faschismus‘ usw. Alle diese Formeln lassen sich am Ende darauf zurückführen, daß die Kriegsfrage, d. h. das Schicksal der Völker, in den Händen der Imperialisten bleiben soll, in den Händen ihrer Regierungen, ihrer Diplomaten, ihrer Generäle mit all ihren Intrigen und Verschwörungen gegen die Völker...“

„*Abrüstung*“? – Aber die Frage ist hier, wer wen entwaffnen wird. Die einzige Abrüstung, die den Krieg abwenden oder beenden kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Arbeiter.“ ■

Nizza...

Fortsetzung von Seite 9

in einem späteren Internetartikel, dass ihr Versuch, die Polizeiketten zu durchbrechen, „so war, als wenn man 1914 ‚aus dem Schützengraben klettert‘ – im vollen Angriff durch das Gas in ihre Linien hinein“.

Im Unterschied zu LCR und LO, deren Plattform für eine gemeinsame Liste bei den Wahlen zum Europaparlament im letzten Jahr (bei denen Krivine selber einen Sitz gewann) noch nicht einmal „Sozialismus“ und erst recht nicht „Revolution“ erwähnte, verstreut WP in ihrer Stellungnahme vom 20. November ein paar Bemerkungen über sozialistische Revolution. Aber der allergrößte Teil der Erklärung von WP besteht aus einer langen Litanei von Reformen, die sich an die von WP unterstützten sozialdemokratischen Regierungen wendet. Wenn überhaupt, dann verteidigt WP die Idee eines europäischen kapitalistischen „Superstaats“ noch deutlicher als die Reformisten. WP schreibt: „Bedeutet das, dass die Antwort für die Arbeiter Europas darin liegt, ‚ihre eigenen‘ Nationalstaaten zu zwingen, aus der EU als kleine kapitalistische Staaten auszutreten oder für die Auflösung der EU zu kämpfen? Nein!“ Als Parodie auf parlamentarischen Kretinismus fordert WP sogar „eine souveräne europäische konstituierende Versammlung“!

Früher ein diplomatisches Anhängsel des antisowjetischen NATO-Bündnisses, ist die Europäische Union heute ein instabiles Anhängsel der ökonomischen, militärischen und politischen Prioritäten der europäischen Kapitalisten, die die Notwendigkeit für ein gewisses Maß an Zusammenarbeit anerkennen, um mit der viel größeren amerikani-

schen Wirtschaft konkurrieren zu können. Überall in Europa wurden seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sozialdemokratische Parteien und Volksfrontkoalitionen aus Parteien der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie an die Regierung gebracht mit dem ausdrücklichen Ziel, den „Sozialstaat“ zu zerstören.

Die Pseudolinke verbreitet die Illusion, diese Regierungen seien ein „kleineres Übel“, das so unter Druck gesetzt werden kann, dass es den Interessen der Unterdrückten dient. Die Reformisten und Zentristen bieten eine Karikatur des deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky an, der predigte, das kapitalistische System könne wiederholte Wirtschaftskrisen und Kriege durch eine „ultraimperialistische“ friedliche Kooperation zwischen den kapitalistischen Staaten überwinden. Zwei Weltkriege, unzählige imperialistische neokoloniale militärische Abenteuer und ein eskalierender Handelskrieg heute beweisen, dass das eine Lüge ist. In dieser Epoche des imperialistischen Verfalls ist der kapitalistische Nationalstaat ein Hindernis für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und der Menschheit als Ganzes.

Wir treten für ein grundlegend anderes Programm und eine andere Perspektive ein. Die Spartacist League/U.S. kämpft dafür, eine multirassische revolutionäre Arbeiterpartei in der Bastion des Weltimperialismus aufzubauen, um die mörderischste Macht der Erde zu besiegen. Zusammen mit unseren Genossen in Europa und international wollen wir die Vierte Internationale von Leo Trotzki wiederschmieden, die den Kampf für neue Oktoberrevolutionen auf der ganzen Welt führt.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 748, 15. Dezember 2000

Türkei...

Fortsetzung von Seite 32

linken politischen Gefangenen sind eine wichtige Entwicklung.

Als im Februar 1999 der Führer der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) Abdullah Öcalan von der türkischen Regierung verhaftet wurde, wurde das Land von riesigen chauvinistischen Demonstrationen überrollt, was die Grauen Wölfe ermutigte. Aber die Grauen Wölfe sind nicht nur Todfeinde des unterdrückten kurdischen Volkes, sondern auch von türkischen Arbeitern und Linken. Am 9. Dezember wurde Cafer Dereli, ein türkischer Immigrant im niederländischen Rotterdam, der an einem Solidaritätshungerstreik teilnahm, von Grauen Wölfen ermordet, die das Solidaritätszelt stürmten.

Der türkische Justizminister Hikmet Sami Türk erklärte obszönerweise, dass die „Operationen darauf ausgerichtet sind, Menschenleben zu retten“, und behauptete, dass die Gefangenen sich selbst verbrennen (*Turkish Daily News*, 20. Dezember). Er wird unterstützt von der imperialistischen Presse, die sich sehr bemühte, Türks blutige Operation als absolut notwendig und sogar als Vertei-

digungsmaßnahme zu beschreiben. Die *New York Times* (25. Dezember) hatte als Überschrift: „Hinter der Wut in den Gefängnissen in der Türkei: Radikale Banden“, und gab „radikalen linken Organisationen“, die „Kompromisse ablehnen“, die Schuld an dem Massaker der Regierung. Die deutschen Imperialisten waren noch schneller dabei, die Lügen der türkischen Regierung aufzugreifen. Die *Frankfurter Rundschau* vom 5. Dezember berichtete:

„Organisationen wie die militante DHKP/C wollten an dem bisherigen Strafvollzug festhalten, weil die Unterbringung in den Sälen die ideologische Indoktrinierung ihrer inhaftierten Genossen erleichtere und den Gruppendruck aufrecht erhalte. Ob nun aus freiem Willen oder auf Druck ihrer Organisationen, die Häftlinge scheinen entschlossen, ihren Protest bis zur letzten Konsequenz fortzuführen.“

Die imperialistischen Lügen werden durch die Realität entlarvt, wie sie von Gefangenen aus dem Frauengefängnis von Bayrampasa geschildert wird: „Zum Zeitpunkt der Operation haben sich die Freundinnen im Lüftungsraum zusammengekettet, und wir sind in den Widerstand getreten. Sie haben eine Flüssigkeit über uns gegossen und

Fortgesetzt auf Seite 30

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 4

Damals war WP übrigens für die Proteste, und ratet mal, warum? Der Protest richtete sich gegen die konservative Thatcher-Regierung und nicht gegen Labour!

Das wirkliche Problem, das GAM/WP mit den Spritpreisprotesten haben, ist also, dass diese sich gegen die SPD/Grünen- bzw. Labour-Regierung richteten, Regierungen, die sie unter allen Umständen verteidigen: „Die Verantwortung für die Preissteigerungen liegen [sic!] nicht wesentlich bei den Regierungen, sondern in den Wechselkursen und den Ölmultis, haben also v.a. ökonomische Ursachen... So unterstützenswert der Kampf gegen die reformistischen Regierungen auch ist; es muß trotzdem unterschieden werden, ob er vom Proletariat geführt oder von der CDU und der FDP vorgetragen wird.“ Hier entlarvt sich die GAM, Schröder ist für sie das kleinere Übel und sie verteidigen ihn gegen die CDU – in Wirklichkeit aber gegen die überwältigende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, die zu Recht die Spritpreisproteste unterstützte. Die GAM betrachtet die Proteste mit Angst und Verachtung, weil es außerparlamentarische Aktionen sind, die aus dem Rahmen von Petitionen und Lobbyismus fallen. Es sind plebejische Aktionen, die über das bürgerliche Prinzip von „Recht und Ordnung“ hinausgehen und andere, weitergehende, Möglichkeiten eröffnen, wenn sie von der Arbeiterklasse aufgegriffen werden. Die Politik der GAM ist tatsächlich parlamentarischer Kretinismus, das heißt Proteste sind nützlich, wenn man die Regierung damit nach „links“ drücken kann, aber nur solange sie unter der Kontrolle der Sozialdemokratie bleiben. Ihre Unterstützung für die Sozialdemokratie konnte die GAM nicht klarer darstellen, als sie bei den Bundestagswahlen 1998 forderte: „Für eine SPD-Regierung!“ Ihr Zusatz: „Aber organisiert den Kampf für eure Interessen!“ (*Arbeitermacht*, September 1998), erweist sich im Lichte der heute stattfindenden Proteste ja wohl als hohle Rhetorik. Dagegen warnten wir Spartakisten bei den letzten Wahlen klipp und klar: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer!“, und wir riefen dazu auf: „Keine Stimme für SPD, PDS! Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!“ (*Spartakist* Nr. 133, Herbst 1998).

Die GAM muss die Wirklichkeit bis zur Unkenntlichkeit verdrehen, um die kapitalistischen Regierungen aus der Verantwortung für die Zerschlagung des „Sozialstaates“ zu nehmen: „Für die rebellierenden Kleinbürger und noch viel mehr für die Kapitalistenverbände, die sich rasch an die Spitze dieser Bewegung stellten, ist die Forderung nach Abschaffung indirekter Steuern nur Teil ihres Rufes nach ‚Reduktion der Steuerlast‘ und Zerschlagung des Sozialstaates!“ (*Arbeitermacht*, November/Dezember 2000). Aber es ist die kapitalistische Regierung von Schröder & Co., die das Sozialsystem, die Errungenschaften der Arbeiterklasse zerschlägt! SPD und Grüne drücken im Auftrag der Kapitalisten Löhne, Renten, Gesundheitsversorgung, den gesamten Lebensstandard in den Keller. In der jetzigen Periode bevorzugt die Bourgeoisie die bürgerliche Arbeiterpartei SPD – deren Führung ein durch und durch bürgerliches Programm hat, deren Basis aber die Arbeiterklasse ist –, um die Arbeiterklasse niederzuhalten. Wenn die GAM die jetzigen Regierungen in Westeuropa als „reformistisch“ bezeichnet, bringt sie damit ihre Haltung zum Ausdruck, dass diese Regierungen irgendwie neutral oder ein kleineres Übel sind, da sie von Sozialdemokraten geführt werden. Aber der kapitalistische Staat stützt sich, ob von Sozialdemokraten verwaltet oder nicht, auf „besondere Formationen bewaffneter Menschen“ (Lenin), also Polizei und Armee, um das Privateigentum der Kapitalisten zu schützen. Drastisch klar wurde das in Britannien, als der durch die Spritproteste und Blockaden in Bedrängnis geratene Blair mit dem Einsatz der Armee drohte! Es kam allerdings nicht zum Truppeneinsatz, weil die Gewerkschaftsbürokratie, genau wie in Deutschland, der Regierung zu Hilfe eilte, intervenierte, um den Protesten die Spitze zu nehmen, und so Blair den Hintern rettete. Die GAM hat ihr Scherflein dazu beigetragen und Gewerkschaftsführung und Sozialdemokratie unterstützt, indem sie sich gegen die Proteste wandte. Wir Spartakisten kämpfen stattdessen dafür, entstehende Risse in der kapitalistischen Gesellschaft wie zum Beispiel bei den Spritpreisprotesten auszunutzen, um Arbeiter und Jugendliche von der Sozialdemokratie – ob SPD oder PDS – zu brechen und für ein revolutionäres Programm zu gewinnen. **Für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, die die Kämpfe der Arbeiter zum Sieg führt!**



Spartakist

Hamburg, 9. Dezember: Spartakisten auf der Protestdemonstration zur Verteidigung der linken Gefangenen in der Türkei fordern: Weg mit dem Verbot von DHKP-C, THKP-C und PKK!

Türkei...

Fortsetzung von Seite 29

wollten uns alle zusammen verbrennen.“ Eine andere Gefangene berichtete: „Wir hatten uns noch nicht ganz angezogen, als die Soldaten anfangen zu schießen. Wir haben uns daraufhin auf den Boden geworfen. Danach versuchten die Soldaten, Löcher in die Dächer zu reißen. Währenddessen beschimpften sie uns ununterbrochen. Sie sagten: ‚Wir sind gekommen, um euch totzuprügeln.‘“ Seit dem Angriff wurden über 600 Gefangene mit Gewalt in Isolationsgefängnisse transportiert, wo die Folterungen weitergehen. Jetzt sind 350 Gefangene beim Todesfasten, unterstützt von 1600 weiteren Hungerstreikenden.

In Paris, Mailand, Berlin, Hamburg und London wurden von türkischen linken Parteien, der guevaristischen DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei/Front) und der maoistischen TKIP (Türkische Kommunistische Arbeiterpartei) und TKP/ML (Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten), und von der kleinbürgerlich-nationalistischen PKK sofortige Proteste organisiert, an denen sich die europäischen Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga beteiligten. Wütende Demonstranten versammelten sich vor Botschaften, Konsulaten und in türkischen und kurdischen Wohnvierteln. Sie trugen Bilder ihrer Märtyrer. Auf einer Demonstration am 23. Dezember in Berlin sangen kurdische und türkische Linke gemeinsam die Internationale und andere Arbeiterlieder.

Unsere Genossen betonten die Notwendigkeit, gegen den blutigen Staatsterror des türkischen Regimes gegen die Linke das multiethnische Proletariat Westeuropas zu machtvollen Protestaktionen zu mobilisieren, als Teil des Kampfes gegen Abschiebungen, faschistische Provokationen und die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse. Besonders in Deutschland sind hunderttausende Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft ein strategisch wichtiger Bestandteil der Arbeiterklasse und gehören in Schlüsselbereichen der Industrie den Gewerkschaften an. Die IKL fordert: *Weg mit den Isolationsknästen! Weg mit dem Antiterrorgesetz! Freiheit für alle linken politischen Gefangenen! Freiheit für alle Opfer des Terrors des türkischen Regimes! Freiheit für Abdullah Öcalan!*

Keine Illusionen in „Menschenrechts“imperialismus!

Die Türkei hat sich um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) beworben, ihr wird aber bisher der

Beitritt verwehrt unter dem Vorwand, dass sie nicht die „Menschenrechts“-kriterien der Imperialisten erfüllt. Also demonstrieren jetzt europäische sozialdemokratische Parteien wie die exstalinistische Rifondazione Comunista (RC) in Italien und die PDS in Deutschland ihre Loyalität zu ihrer eigenen Bourgeoisie, indem sie auf eine Intervention der imperialistischen Bündnispartner der Türkei drängen. In einer sozialpatriotischen Erklärung rief RC die italienische Regierung dazu auf, „sofort auf eine internationale Aktion in der Türkei zu drängen und den Prozess des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union zu stoppen“ (II Manifesto, 21. Dezember 2000). Auf ähnliche Weise erklärte der PDS-Bundestagsabgeordnete Carsten Hübner in einer Presseerklärung vom 19. Dezember: „Deshalb sollte die EU der

Türkei unmissverständlich deutlich machen, dass dieses Vorgehen den EU-Kandidatenstatus zur Disposition stellt“, und betonte: „Eine Reform des Justizwesens ist zur Grundbedingung für die Aufnahme in die EU gemacht worden.“

In Wirklichkeit ist aber die Einführung von Isolationsknästen durch die türkische Regierung *ein Ergebnis* des Drucks der imperialistischen Europäischen Union. Die „F-Typ“-Gefängnisse sind eine Kopie des berüchtigten Stammheim-Isolationsknast, das von Deutschlands sozialliberaler Koalitionsregierung in den 70er-Jahren gebaut wurde und hauptsächlich gegen die Guerilla-Organisation Rote Armee Fraktion (RAF) gerichtet war. Die beiden wichtigsten Führer der RAF, Ulrike Meinhof und Andreas Baader, haben der Regierung zufolge 1976 bzw. 1977 angeblich Selbstmord begangen, als sie in Stammheim in Isolationshaft saßen.

Im Namen von „Menschenrechten“ befürworten RC und PDS eine Politik der imperialistischen Unterjochung der Türkei unter den Willen ihrer eigenen verbrecherischen Bourgeoisien. Der bössartige und brutale türkische Polizeistaat, der Kurden massakriert und zehntausende politische Gefangene hat, dient den Imperialisten als die strategische NATO-Basis in der Region, wie z. B. beim Krieg gegen Irak 1991, und er wird von Deutschland und den USA voll und ganz unterstützt. Gleichzeitig werden Menschen türkischer und kurdischer Abstammung in Deutschland – den meisten von ihnen wird die Staatsbürgerschaft verweigert, auch wenn sie ihr ganzes Leben hier verbracht – täglich diskriminiert, rassistischem Staatsterror, Abschiebungen und faschistischen Brandanschlägen ausgesetzt. Die PDS ist selbst ein direkter Komplize bei Abschiebungen von Immigranten: In Mecklenburg-Vorpommern, wo die PDS in einer Koalition mit der SPD regiert, wurden 741 Flüchtlinge seit Oktober 1998 abgeschoben. Wir kämpfen für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Nieder mit der rassistischen „Festung Europa“!*

Kurdische Proteste gegen Öcalans Verhaftung stießen vor zwei Jahren in Westeuropa auf eine mörderische Repression, mehrere Menschen wurden ermordet und dutzende verletzt. In Deutschland sind die PKK, die DHKP-C und eine weitere türkische linke Gruppe, die THKP-C (Türkische Volksbefreiungsfrente), verboten und werden als „terroristische“ Organisationen kriminalisiert. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), deutsche Sektion der IKL, verteidigt diese Organisationen gegen die Unterdrückung des kapitalistischen Staats – ob hier oder in der Türkei. Die Kriminalisierung türkischer und kurdischer Aktivist*innen in Deutschland zielt darauf ab, die Arbeiterklasse

entlang ethnischer und nationaler Linien zu spalten. Wir fordern: **Weg mit dem Verbot von PKK, DHKP-C und THKP-C! Freiheit für alle linken politischen Gefangenen!**

Die linken türkischen und nationalistischen kurdischen Organisationen hegen ebenfalls Illusionen in die imperialistische Europäische Union und auch in die sozialdemokratischen Parteien, die heute in den meisten Ländern Europas an der Regierung sind und verantwortlich sind für rassistischen Staatsterror und drastische Lohn- und Sozialraubmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse. Das Komitee gegen Isolationshaft (IKM), das von DHKP-C, TKIP und TKP/ML unterstützt wird, brachte am 20. Dezember 2000 einen Appell heraus: „Wir fordern die Regierungen der EU, die Menschenrechtsorganisationen sowie alle Parteien, die diese grausamen Morde nicht teilen wollen, auf, unverzüglich Protest einzulegen und Beobachterdelegationen in die Türkei zu schicken.“ Das mit der PKK verbundene Kurdische Informationszentrum in Italien veröffentlichte eine Erklärung für die Demonstration in Rom am 22. Dezember, in der es heißt:

„Die internationale Gemeinschaft sollte sofort etwas unternehmen, um einerseits das Massaker in den Gefängnissen zu stoppen und eine allgemeine Amnestie durchzusetzen und andererseits die militärische Aggression der Türkei gegen Irakisch-Kurdistan zu stoppen.“

Wir sind gegen solche Aufrufe an die Imperialisten. Die imperialistischen Mächte Europas und Amerikas sind keine Freunde der Unterdrückten! Erinnert euch an den imperialistischen Krieg gegen Serbien 1999. Im Namen der „Menschenrechte“ und der „Selbstbestimmung von Kosovo“ haben die USA, Britannien, Frankreich, Deutschland und Italien Serbien bombardiert. Jetzt ist Kosovo von NATO-Truppen besetzt und es gibt Pogrome gegen Roma und Serben. **Alle imperialistischen Truppen raus aus dem Balkan, sofort!**

Für permanente Revolution!

Zwar verteidigen wir DHKP-C, TKIP und TKP/ML und die PKK gegen Staatsterror, wir sind aber gegen die politischen Programme dieser Organisationen. Sie verfolgen eine kleinbürgerliche Guerilla-Strategie, die im Fall der maoistischen und guevaristischen Gruppen verbunden ist mit dem stalinistischen/menschewistischen Dogma der „Zwei-Etappen-Revolution“ (zuerst eine „demokratische“ Revolution und später – das heißt nie – eine sozialistische). Dieses Konzept hat immer wieder zu schrecklichen Niederlagen des Proletariats geführt, wie z. B. in Indonesien 1965 oder Chile 1973. Diesem Konzept liegt die Vorstellung zugrunde, man könne die Türkei „demokratisieren“ und gleichzeitig die Herrschaft der türkischen Bourgeoisie unangetastet lassen. Das ist eine gefährliche Illusion in einem rückständigen Land wie der Türkei, das sehr stark vom Imperialismus abhängig ist. Die türkischen stalinistischen Organisationen haben kein revolutionäres Programm, mit dem die internationale Arbeiterklasse der Türkei mobilisiert werden kann, die einzige Klasse, die die Macht hat, die türkische Bourgeoisie zu stürzen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der diejenigen, die arbeiten, auch herrschen. Solche Gruppen können zwar mutige Aktionen durchführen, aber um zu siegen, ist die Schmiedung einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse notwendig.

Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zeigte sich am 1. Dezember, als die Türkei durch einen massiven landesweiten Streik im öffentlichen Dienst erschüttert wurde, ausgelöst durch Pläne der Regierung, die vom Internationalen Währungsfond (IWF) diktierten Lohn- und Sozialraubmaßnahmen einzuführen. Tausende Arbeiter demonstrieren in der Hauptstadt Ankara und im ganzen Land. Am 7. Dezember traten Bergarbeiter der Kupfer- und Zink-

minen von Inmet in der nordosttürkischen Stadt Cayeli in den Streik. Zuvor gingen am 11. November hunderttausende Arbeiter des öffentlichen Diensts auf die Straße, um gegen den IWF zu demonstrieren, und forderten auch eine Generalamnestie für alle Gefangenen. Das zeigt das Potenzial, die Kämpfe zur Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiter mit dem Kampf gegen rechte Unterdrückung und rechten Terror zu verbinden. —

Unsere kommunistische Perspektive für die Türkei, für Kurdistan – aufgeteilt zwischen und unterdrückt von vier kapitalistischen Ländern – und für den Nahen Osten beruht auf Trotzki's Programm der permanenten Revolution. In Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung (wie die heutige Türkei oder das zaristische Russland) können die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution – wie Agrarrevolution, nationale Unabhängigkeit für die Kurden oder Grundrechte für Frauen – nur durch die Diktatur des Proletariats, gestützt durch die Bauernmassen, gelöst werden. Die Bourgeoisien in der Türkei und im Nahen Osten sind völlig abhängig vom Imperialismus und fürchten jede Herausforderung ihrer Macht durch die Arbeiterklasse. Die permanente Revolution haben Lenins und Trotzki's Bolschewiki 1917 mit Leben erfüllt, als sie die internationale Arbeiterklasse in Russland führten, um den Kapitalismus zu zerschlagen, das zaristische Völkergefängnis niederzureißen und die Grundlage zu schaffen für die Beseitigung jeder Form von Unterdrückung. **Wir kämpfen dafür, leninistisch-trozkistische Parteien in der Türkei und im Nahen Osten aufzubauen als Sektionen einer wiedergeschmiedeten trotzkistischen Vierten Internationale, die ein Volkstribun aller Unterdrückten sind! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!**

Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft sind ein kämpferischer und entscheidender Bestandteil von Deutschlands Arbeiterklasse, da sie in der strategisch wichtigen Metall- und Chemieindustrie arbeiten. Diese Arbeiter können eine lebendige Brücke sein, um den Kampf für die kurdische Unabhängigkeit und die sozialistische Revolution in der Türkei und im Nahen Osten mit dem Kampf für die Arbeiterherrschaft im industrialisierten Westen zu verbinden. In Europa kämpft die IKL dafür, multiethnische revolutionäre Arbeiterparteien in der Tradition der Bolschewiki aufzubauen, die das Proletariat zum Sturz des Imperialismus führen werden. **Für Arbeiterrevolutionen von Berlin und London bis Ankara und ganz Nahost! Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale! ■**

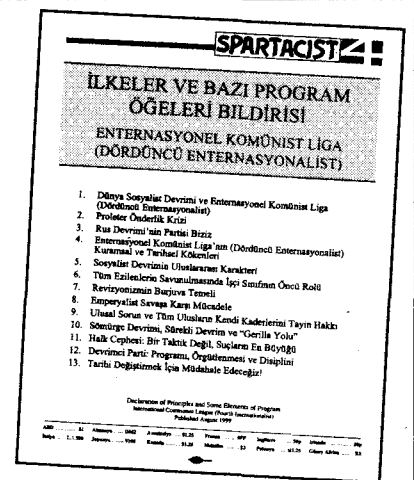
Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

In türkischer
Sprache
erhältlich!

16 Seiten
DM 2,-

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



SPARTAKIST

Für internationale Protestaktionen!

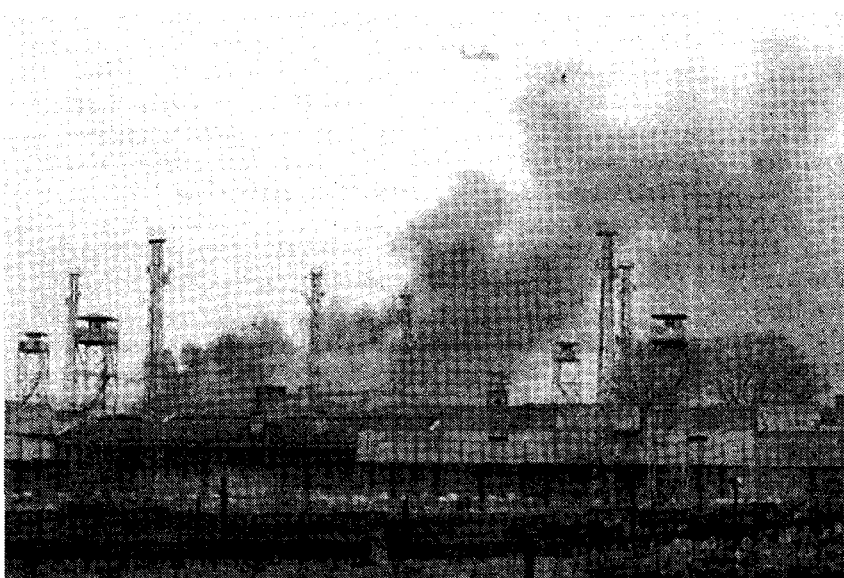
Massaker an linken Gefangenen in der Türkei

Am 19. Dezember 2000 entfesselten türkische Armee- und Polizeieinheiten einen blutigen Angriff auf 28 Gefängnisse, in denen mehr als eintausend türkische und kurdische Linke im Hungerstreik waren. Sie ermordeten dutzende Gefangene und verwundeten noch viel mehr. Der Hungerstreik begann am 20. Oktober aus Protest gegen Pläne der Regierung, Gefangene aus den alten Gefängnissen mit ihren Schlafsälen – wo linke Gefangene etwas Gruppen-solidarität und Schutz hatten – in neue Isolationsknäste vom „F-Typ“ zu verlegen, wo sie sehr wahrscheinlich von Knastwärtern grausam gefoltert und ungestraft ermordet werden und im Wesentlichen lebendig begraben sind. Obwohl die Regierung vor kurzem ein Amnestiegesetz ankündigte, um die wachsende Gefängnisbevölkerung der



AP

Demonstranten in Solidarität mit Hungerstreikenden zeigen Fotos ermordeter Gefangener. Unten: Mörderischer Angriff der türkischen Gendarmerie auf Istanbuls Bayrampasa-Gefängnis



Mustafa Özer/Reuters

Türkei zu reduzieren, betrifft dieses Gesetz nicht die linken politischen Gefangenen. Die Gefangenen forderten die Abschaffung des türkischen Anti-Terror-Gesetzes und die Schließung der Hochsicherheitsknäste. Am 19. November entschlossen sich 100 Gefangene zu einem Todesfasten und weigerten sich sogar, irgendwelche Flüssigkeit außer Wasser zu sich zu nehmen.

Bei ihrem mörderischen Angriff, der zynischerweise

„Rückkehr zum Leben“ genannt wurde, setzte die Regierung Hubschrauber, Panzer und Bulldozer gegen die Zellenblöcke der linken Gefangenen ein. Beim Angriff auf das Gefängnis Bayrampasa in Istanbul wurde so viel Tränengas abgefeuert, dass Journalisten in drei Kilometer Entfernung noch etwas abkriegteten! Das Militär schoss mit Maschinengewehren auf die Gefangenen und feuerte Tränengas, Rauchbomben und Gasgranaten in die Zellen.

In verschiedenen Städten in der Türkei demonstrierten Tausende, um ihre Solidarität mit den Gefangenen zu bekunden. Die Polizei griff diese Proteste brutal an und verhaftete viele Menschen. Familienangehörige der Gefangenen, die wissen wollten, was mit ihren Verwandten passiert, wurden verhaftet und brutal zusammengeschlagen. Die türkische Polizei ist berüchtigt dafür, dass sie mit faschistischen, terroristischen Grauen Wölfen verseucht ist, einer Gruppe, die offen verbunden ist mit der regierenden Partei MHP (Partei der Nationalen Bewegung) hat. Diese Proteste gegen den rechten Polizeistaat und in offener Solidarität mit den

Fortgesetzt auf Seite 29